

Sozialdemokratischer Pressedienst

Berater und Chefredakteur:
Eric Nitzinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhof 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Drahtanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung bedarf 4 Wochen vor dem Quartaalende, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den: 7. Juli 1932.

**Int. Institut
Soz. Geschlechens
Amsterdam**

"Untergang am Ueberfluss".

SPD. Die Nationalsozialisten operieren mit dem Schlagwort, dass an allem Elend der Arbeitslosigkeit und an der Not der Landwirtschaft die Sozialdemokratie - oder, wie es in ihrem Jargon heisst: die "marxistische Misswirtschaft" - die Schuld trägt. Hält man ihnen vor, dass in Amerika, wo der Kapitalismus durch keinerlei "marxistische" Einflüsse gehemmt wird, die Not in Stadt und Land sogar noch viel schlimmer wütet als in Deutschland, dann helfen sie sich mit ebenso dummen wie dreisten Antworten aus ihrer Verlegenheit; so z.B. jener führende Nazi-Abgeordnete im preussischen Landtag, der auf einen solchen Zwischenruf nichts Gescheiteres zu erwidern wusste als: "Wir leben hier in Deutschland und uns interessiert nur Deutschland; wenn Ihnen Amerika mehr am Herzen liegt, dann wandern Sie dorthin aus."

* Gegen eine solche blöde Antwort lässt sich in der Tat schwer ankämpfen. Aber da man trotz alledem hoffen muss, dass ein Teil sogar der nationalsozialistischen Wählerschaft geistig noch nicht völlig auf den Hund gekommen ist, dürfen wir nicht müde werden, die Menschen darüber aufzuklären, dass nicht der Sozialismus und auch nicht der "Marxismus", sondern ausschliesslich der Kapitalismus die Schuld an der Wirtschaftskrise und ihren Folgen trägt und dass diese Krise gerade in den Ländern am furchtbarsten wütet, in denen die sozialistische Bewegung am schwächsten ist und die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich am meisten ungestört entwickelt hat, also vor allem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Da ist, gerade zur rechten Zeit, ein Buch im Verlag Ullstein erschienen "Amerika, Untergang am Ueberfluss", dessen Verfasser A. E. Johann ein junger, schriftstellerisch sehr begabter Reiseberichterstatte der "Vossischen Zeitung" ist, dessen frühere Schilderungen aus der Sowjet-Union, Kanada und der USA bereits in den vergangenen Jahren starkes Aufsehen erregten. Sein neues Buch ist die furchtbarste Anklage gegen die kapitalistische Misswirtschaft, die nur auf Profit ausgeht und die in ihrer Kurzsichtigkeit, Engstirnigkeit und Brutalität innerhalb weniger Jahre aus dem vielbesungenen Lande der "Prosperität" einen ökonomischen Trümmerhaufen gemacht hat.

* Als im Sommer 1930 frisch erbohrte Oelfelder in Ost-Texas sich als die grössten, reichsten und hochwertigsten der Erde erwiesen, wurde wie im Taumel drauf losgebohrt. Die Produktion, die dort behördlich festgelegt wurde, erhöhte sich von August 1930 bis April 1931 von 90 000 auf 150 000 barrells (Fässer) täglich (1 barrel = 163,5 Liter), stieg dann im Mai 1931 auf 298 000 barrells, und als die Behörde unter dem Druck der Unternehmer die "erlaubte" Quote auf 160 000 festsetzte, betrug sie praktisch bereits 330 000 Fässer täglich. Anfang Juli wurde die Quote bereits auf 250 000 Fässer erhöht, aber in Wirklichkeit ging die Produktion in der ersten Augustwoche auf 600 000, in der zweiten auf 853 000 und in der letzten Augustwoche auf 940 000 barrells Tagesdurchschnitt!

Vor Beginn dieses Taumels hatte der Preis für Rohöl 0,59 Dollar pro Fass betragen. Natürlich sank er dann entsprechend auf 0,10 und sogar 0,05 Dollar. Die ganze Geschichte endete schliesslich damit, dass der Gouverneur von Texas Kavallerie in das Produktionsgebiet einrücken liess und die gesamte Gruben schliessen liess, obwohl das Bundesgericht entschied, dass die "freie Produktion" unangetastet bleiben müsse. Dabei haben die Geologen festgestellt dass in zehn bis fünfzehn Jahren dieses reichste Oellager der Erde leergepumpt sein wird - was freilich bei diesen kapitalistischen Raubbaumethoden kein Wunder wäre. Der Verfasser schliesst dieses Kapitel seines Buches mit den Worten, die stärkste Rechtfertigung des neuen sozialistischen Wirtschaftsprogramms der deutschen Gewerkschaften bilden:

"Eine sinnvolle Verwaltung der Erdreichtümer ist, wie an einem Beispiel, dem "Oelkrieg" in Texas, gezeigt wurde, heute anscheinend nur noch durch die Gesellschaft oder den Staat möglich."

Dass es den Landwirten in der USA und in Kanada noch viel schlechter geht als in Deutschland, trotzdem - oder vielmehr weil - dort der Kapitalismus in Reinkultur "gedeiht", ergibt sich ebenfalls aus anderen Kapiteln dieses aufschlussreichen Buches. Je besser die Ernte, desto grösser das Elend der Farmer, weil die Preise ununterbrochen sinken: Der Betrag, den der kanadische Farmer im Durchschnitt aus einem Acre = 0,4 ha im Jahre 1930 herauswirtschaften konnte betrug 5,83 Dollar. Er betrug aber

	im Jahre 1929 =	9,82 Doll.
" "	1928 =	16,84 "
" "	1927 =	18,60 "

Von 1925, wo der Preis für den Bushel Weizen = 36,3 Liter noch 1 Dollar betrug ist er jetzt auf 0,5 bis 0,6 Dollar gesunken. Die Folge war, da Kanada das grösste weizenproduzierende Land der Welt ist, dass überall, natürlich auch in Deutschland, die Getreidepreise entsprechend sanken. Hier aber werden die Bauern durch die Hakenkreuzler gegen die "marxistische Misswirtschaft" aufgeputscht und es wird ihnen eingeredet, dass die Sozialdemokratie an ihrer Not schuld ist, während das Uebel von den rein kapitalistischen Ländern der Neuen Welt ausgegangen ist und nur von dort aus auf die Dauer wirksam bekämpft werden kann. Noch schlimmer als den Weizenfarmern ergeht es den Baumwollplantagepächtern, zumal es meist Neger sind, für die sich die Regierung nicht einsetzt!

Das erschütterndste Kapitel des Johanneschen Buches schildert das Elend der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten. Es beginnt mit den Worten:

"Niemand weiss, wie viele es sind,
Niemand weiss, wovon sie leben,
Niemand weiss, wo sie wohnen,
Niemand weiss, ob sie jemals noch etwas verdienen werden."

Die Zahl dieser Arbeitslosen in den USA kann nur geschätzt werden, weil es in diesem Lande, das nach dem Ideal Hugenbergs und Hitlers frei von "marxistischen Einflüssen" keine Arbeitslosenunterstützung, infolgedessen auch keine amtliche Statistik gibt. Als zuverlässige Schätzung bezeichnet der Verfasser die Zahl von 12 bis 13 Millionen. Er lässt dann ein Dutzend von Erwerbslosen verschiedenster Abstammungen und in den verschiedensten Gebieten selbst zu Wort kommen und ihr Schicksal schildern. Diese Darstellungen sind geradezu grauenhaft. Sie geben einen Vorgeschmack dessen, was den proletarischen Opfern der kapitalistischen Misswirtschaft auch in Deutschland blühen würde, wenn nach der Forderung der Herren von Papen und Genossen, dass "der Staat keine Wohlfahrtsanstalt" sein dürfe, auch bei uns die Arbeitslosen ihrem Schicksal und der privaten Wohlfahrtspflege überlassen bleiben. Dennoch wird in der amerikanischen Textilindustrie 10 - 12 Stunden tägliche Arbeitsleistung verlangt. Dennoch werden Hunderttausende von Litern Milch ins Meer geschüttet und 60 000 frische Eier auf einmal vernichtet, um die Preise zu "halten" - während die Kinder von Arbeitslosen seit Jahr und Tag keine Milch mehr gesehen haben.

Das ist kapitalistische Wirtschaft! Das ist es, wofür Papen und Hitler kämpfen, wenn sie gegen den "Marxismus" und den "Atheismus" deklamieren und Notverordnungen gegen die Arbeiterklasse erlassen.

SPD. Darmstadt, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Eröffnungssitzung des hessischen Landtags wurde der bisherige nationalsozialistische Präsident des Landtages Werner mit den Stimmen des Zentrums gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wiedergewählt. Der zweite Präsidentenposten fiel auf den Zentrumsabgeordneten Wechsler. Für den dritten Präsidenten war Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Delp und dem Nationalsozialisten Klostermann notwendig, die wiederum Stimmgleichheit ergab. Das Los entschied für den Nationalsozialisten.

Das Zentrum brachte zur Frage der Staatspräsidentenwahl folgende Entschliessung ein: "Der Landtag erwartet, dass die grösste Fraktion - also die Nationalsozialisten - alsbald, spätestens nach der Reichstagswahl, dem Lande eine neue Regierung gibt." Diese Entschliessung wurde mit nationalsozialistisch-kommunistischer Mehrheit abgelehnt. Der Führer der Nazis, Lenz, gab eine Erklärung ab, wonach seine Fraktion in den nächsten Tagen die nötigen Schritte zur Regierungsbildung einleiten werde.

Die Wahl des Staatspräsidenten wurde als erster Punkt auf die Tagesordnung der Freitag-Sitzung gesetzt. Da alle 70 Abgeordnete anwesend sind - der kommunistische Abgeordnete Hammann, der wegen Landfriedensbruch eine Gefängnisstrafe verbüsst, ist aus dem Gefängnis zur Ausübung seines Abgeordnetenmandats beurlaubt - dürfte, falls nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, die Abstimmung 35 zu 35 ausfallen.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat den preussischen Innenminister ersucht, die sozialdemokratische "Schlesische Bergwacht" in Waldenburg auf fünf Tage zu verbieten. Severing hat diesem Ersuchen nicht entsprochen, sondern es an das Reichsgericht weitergeleitet.

Die Ablehnung des Verbots des "Vorwärts" durch den preussischen Innenminister hatte die "Schlesische Bergwacht" unter dem Titel wiedergegeben: "Severing ohrfeigt von Gayl". Diese Ueberschrift hat es Herrn von Gayl ange-tan. Der empfindliche Freiherr fühlt sich durch die verächtlich gemacht. Deshalb das Ersuchen, die "Schlesische Bergwacht" zu verbieten.

SPD. Dresden, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Der sächsische Landtag beschloss am Donnerstag mit grosser Mehrheit, die Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Studentkowski zu genehmigen. Studentkowski soll nach Erlass des Uniformverbots durch den Reichspräsidenten in einer Leipziger Versammlung geäussert haben: "Vor diesem Kerl (Hindenburg) möchte ich am liebsten ausspucken." Kürzlich hat Studentkowski eine Todesanzeige für seinen Bruder aufgegeben mit den blasphemischen Worten: Er starb im Glauben an Adolf Hitler.

SPD. Der Wahn des Militarismus hat die Frauen des Bürgertums gepackt. Während die SA in ihren Notverordnungsjacken auf den Strassen paradiert, laufen die nationalistischen Weiber in einer Art Ulanenuniform herum, blau mit blanken Knöpfen. Der neueste Schrei der Mode dazu besteht darin, dass sich die militärtollen Weiber Generalsraupen anheften. So fängt es an. Und das Ende?

SPD. Eisenach, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Schnellrichter verurteilte am Donnerstag drei Arbeiter wegen Widerstands und wegen Teilnahme an der am Mittwoch von der Polizei auseinandergeknüppelten Demonstration zu je 2 Wochen Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe.

SPD. Köln, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Kölner Schöffengericht verurteilte den Nationalsozialisten Alfred Klatt, von Beruf Möbelpacker, zu einem Monat Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüsst gelten.

Klatt hat vor einigen Wochen abends zwei Kommissare der Kölner Politischen Polizei überfallen, einen mit einer Eisenstange ins Gesicht geschlagen und dem anderen einen Hieb gegen den Kehlkopf versetzt. Der Naziräufbold ist wegen Körperverletzung, Widerstandsleistung und Sachbeschädigung bereits mehrmals vorbestraft und hat wegen Diebstahl auch schon im Zuchthaus gesessen.

SPD. Paris, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Donnerstag-Nachmittag die Interpellationsdebatte über die Arbeitslosigkeit beendet. Sie nahm mit 485 gegen 13 Stimmen folgende von dem radikalen Abgeordneten Grisoni eingebrachte Tagesordnung an: "Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, vertraut auf sie, dass sie für die Arbeitslosenkrise gerechte Lösungen findet und geht unter Ablehnung jedes Zusatzes zur Tagesordnung über."

Die Sozialisten stimmten für die radikale Tagesordnung, obgleich Léon Blum und Vincent Auriol eine eigene Tagesordnung eingebracht hatten, in der die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung sowie die Erhöhung der Unterstützungssätze verlangt und der Regierung nicht ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen worden war. Infolgedessen lehnte der Arbeitsminister die sozialistische Tagesordnung ab und bat die Kammer um die Annahme der radikalen Entschliessung. Vor der Abstimmung erklärte der Abgeordnete Lebas, dass die sozialistische Fraktion auch für diese Tagesordnung stimmen würden, obgleich sie mit der Haltung der Regierung in einigen Fragen, besonders der Ablehnung der 40 Stundenwoche ohne eine internationale Regelung, nicht einverstanden seien. Ungefähr 100 Abgeordnete der Mittel- und Rechtsparteien enthielten sich der Stimme.

SPD. Warschau, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Eine persönliche Fühlungnahme zwischen ostpreussischen und polnischen Rechtskreisen, über die einzelne Berliner und Pariser Blätter berichtet haben, hat in der polnischen Oppositionspresse lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen. In zahlreichen Leitartikeln kommt die Befürchtung zum Ausdruck, dass die antibolschewistischen Bestrebungen dieser Kreise die Ratifizierung des polnisch-russischen Nichtangriffspakts stören könnten. Nach den Angaben eines beteiligten konservativen Pilsudski-Abgeordneten handelte es sich jedoch nur um einen unmassgeblichen Meinungsaustausch mit dem Geschäftsführer des deutschnational gefärbten ostpreussischen Heimatbundes, der bereits vor einigen Monaten in Wilna stattfand und ohne positives Ergebnis blieb. Das Wilnaer konservative Pilsudski-Blatt "Slowo" erklärt, dass eine Verständigung mit deutschen Rechtskreisen gegen Russland nach wie vor erwünscht bleibe, aber ohne ein polnisches Nachgeben in der Grenzfrage.

SPD. Der Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthält folgende Namen :

1. Wels, 2. Crispian, 3. Vogel, 4. Breitscheid, 5. Hilferding, 6. Juchacz
7. Landsberg, 8. Dittmann, 9. Reitze, 10. Stampfer, 11. Marum, 12. Scheffel,
13. Tarnow, 14. Völter, 15. Seppel, 16. Pfülf, 17. Bernhard, 18. Stelling,
19. Stücklen, 20. Gellert, 21. Polenske, 22. Sievers, 23. Simon, 24. Pfändner,
25. Karl, 26. Schiff, 27. Schwertfeger, 28. Schiffgens, 29. Westphal,
30. Horlacher.

SPD. München, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Wahlauf der Bayerischen Volkspartei für den 31. Juli richtet sich in überaus scharf gehaltenen Wendungen im wesentlichen gegen die Nazis. Es heisst darin, dass die in keiner Weise durch sachliche Interessen gebotene Reichstagsauflösung von jenen politischen Kräften betrieben und erzwungen wurde, die am 10. April unterlegen sind und sich um den Sinn der damals getroffenen Entscheidung (gegen ein Reich der Gewalt, der Willkür und der Parteidiktatur) nicht kümmern wollen. Infolgedessen bedeute der 31. Juli einen Kampf gegen die Verfälschung des am 10. April mit elementarer Kraft bekundeten Volkswillens. Vor allem gehe es auch um die Existenz der Volksvertretung in Deutschland überhaupt. Denn es seien Kräfte am Werk, die die Volksvertretung, und damit das Volk überhaupt, von der Mitwirkung an seinem politischen Schicksal ausschalten und höchstens ein Scheinparlament zugestehen wollen.

Das Bemerkenswerteste an dem Wahlauf ist aber seine Schlusswendung, die ein uneingeschränktes Bekenntnis zu der demokratischen Parole der Eisernen Front enthält. Sie lautet: "Der 31. Juli ist der Tag der Volksabstimmung darüber, ob wir frei sein wollen im freien Land oder Knechte unter einer Tyrannenherrschaft. Freiheit ist unser Kampf!"

SPD. Paris, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

In der weltbekannten Meerschampfeifen-Industrie von St. Claude im französischen Jura sind 4 500 Arbeiter in den Streik getreten. Der Arbeitgeberverband hat den Kollektivvertrag gekündigt und eine 25prozentige Lohnkürzung verlangt. Einige Firmen, die sich in englischen Händen befinden und aus dem Arbeitgeberverband ausgeschieden sind, haben sich mit den Gewerkschaften auf gutlichem Wege über die Aufrechterhaltung des Kollektivvertrages und eine provisorische Lohnkürzung von 0 bis 20 Prozent, je nach den Lohnklassen, geeinigt und werden daher nicht bestreikt.

Der bereits fünf Monate dauernde Streik der 8 000 Schuharbeiter in Fougères ist trotz mehrerer Vermittlungsversuche der Regierung noch nicht beigelegt.

SPD. Der Preussische Staatsrat nahm am Donnerstag folgende Amnestievorlage an :

§ 1.

Straffreiheit wird gewährt für die vor dem 15. Juni 1932 begangenen Straftaten, wenn die erkannte oder voraussichtlich zu erwartende Strafe oder der noch nicht verbüsste Strafrest nur entweder in Gefängnis bis zu 6 Monaten oder in Festungshaft oder in Haft oder in Geldstrafe allein oder in einer dieser Freiheitsstrafen neben Geldstrafe besteht, und wenn der Täter straffällig geworden ist:

- a) aus politischen Beweggründen, oder
- b) infolge seiner oder seiner Angehörigen wirtschaftlichen Not, insbesondere Arbeitslosigkeit, falls er bei Begehung der Tat nicht oder nur geringfügig vorbestraft war, oder
- c) im Zusammenhang mit kollektiven Wirtschaftskämpfen.

Wegen solcher Straftaten rechtskräftig erkannte und noch nicht vollstreckte Strafen werden erlassen, schwebende Strafverfahren werden eingestellt, neue nicht eröffnet.

Die Straffreiheit erstreckt sich auf Nebenstrafen und Sicherungsmassnahmen, soweit sie nicht vollstreckt sind, und auf rückständige Gerichtskosten. Soweit auf Einziehung oder Unbrauchbarmachung erkannt ist, behält es hierbei sein Bewenden.

§ 2.

Ausgeschlossen von Straffreiheit sind:

A) Die Verbrechen des Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse; das Verbrechen des Meineids; die Vergehen gegen die Religion; die Vergehen der üblen Nachrede, sofern auf die Tat die Voraussetzungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 8. Teil Kap. 3 zutreffen, und der Verleumdung (§ 187 StGB); die Verbrechen gegen das Leben; die Verbrechen der schweren Körperverletzung; die Verbrechen des schweren Raubes; die Verbrechen der Brandstiftung; die Verbrechen der vorsätzlichen Gefährdung eines Eisenbahntransportes; die Verbrechen und Vergehen im Amte; die Verbrechen und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz vom 9. Juni 1884.

B) Alle Taten, deren Ausführung von Roheit, Gewinnsucht oder Niedrigkeit der Gesinnung zeugt.

§ 3.

Enthält eine Gesamtstrafe eine wegen einer im § 1 genannten Zuwiderhandlung erkannte Einzelstrafe oder mehrere derartiger Einzelstrafen, so wird die Gesamtstrafe um den Teil des noch nicht verbüsstes Strafrestes verkürzt, der auf diese Einzelstrafen nach ihrem Verhältnis zu den übrigen in der Gesamtstrafe enthaltenen Einzelstrafen entfällt, sofern dieser Teil des Strafrestes höchstens 6 Monate Gefängnis beträgt, oder in Festungshaft besteht.

Wird eine gerichtliche Entscheidung (§ 458 StPO) darüber notwendig, ob und inwieweit eine Gesamtstrafe nach den Vorschriften des Abs. 1 zu kürzen ist, so wird sie von dem Gericht erlassen, das die Einzelstrafe wegen einer in § 1 genannten Zuwiderhandlung festgesetzt hat.

§ 4.

Auf Dienststrafen und Dienststrafverfahren, die gegen Beamte des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts einschliesslich der Lehrpersonen wegen politischen Verhaltens verhängt oder eingeleitet worden sind, finden die §§ 1 und 2 entsprechende Anwendung.

Mit Dienstentlassung bestrafte besoldete Beamte sind vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes ab zu behandeln wie Beamte, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind. Haben sie inzwischen die Altersgrenze erreicht, so sind sie Ruhestandsbeamten gleichzustellen. Für besoldete Wahlbeamte der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts gilt Entsprechendes mit der Massgabe, dass sie nach Ablauf ihrer Wahlperiode im Falle der Nichtwiederwahl in den Ruhestand zu versetzen sind. Die Vorschriften über die Gewährung von Hinterbliebenenbezügen bleiben unberührt.

Von Straffreiheit ausgeschlossen sind Dienstvergehen, die zugleich ein Verbrechen oder Vergehen im Amte im Sinne des Strafgesetzbuches enthalten, oder die von Roheit oder Niedrigkeit der Gesinnung oder Gewinnsucht zeugen, oder die Vorgesetzte verächtlich zu machen bestimmt und geeignet waren.

Die Bestimmungen finden ferner keine Anwendung auf Dienstvergehen von Beamten, die geeignet waren, Bestrebungen auf Abtrennung deutschen Gebiets vom Reiche oder von Preussen zu fördern.

SPD. London, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Vor stark besetztem Unterhaus nahm die englische Regierung am Donnerstag in einer Erklärung Baldwins offiziell Stellung zum Abrüstungsplan des amerikanischen Präsidenten Hoover. Die eingangs gemachte Feststellung, dass die englische Regierung den Hoover-Plan von Herzen begrüsst und ein grosser Teil der englischen wie der amerikanischen Vorschläge auf gemeinsamem Boden stehe, wurde durch so viele Aber im Laufe der Rede eingeschränkt, dass der gemeinsame Boden schliesslich nicht mehr recht sichtbar war.

Ein Teil der Rede beschäftigte sich damit, wieder einmal nachzuweisen, wie weit England bereits in der Abrüstung gegangen sei. Baldwin stellte in diesem Zusammenhang fest, dass eine weitere Herabsetzung in der Anzahl der englischen Kriegsschiffe nicht in Frage kommen könne. Durch den englischen Vorschlag einer weiteren Begrenzung der Grösse und Ausrüstung der Kriegsschiffe würde aber die Gesamttonnage um 195 000 Tonnen statt 175 000 Tonnen nach dem amerikanischen Vorschlag vermindert werden. Wiederholt wurden die bekannten englischen Vorschläge zur Abschaffung der U-Boote, zur Verurteilung des Gift- und Gaskrieges, der Vorschlag zur Beschränkung des Bombenwerfens von Flugzeugen entsprechend einer noch abzuschliessenden internationalen Konvention. Es wurden ferner weitere Vorschläge, die in das Gebiet der qualitativen Abrüstung fallen, gemacht.

Mit grossem Beifall wurden diejenigen Stellen der Rede Baldwins aufgenommen, die von Englands bisher erfolgter Abrüstung sprachen und in denen festgestellt wurde, dass man nicht weiter gehen könne. Lansbury erklärte als Führer der Opposition, dass die Labour-Party sich ihre Stellungnahme zu den englischen Abrüstungsvorschlägen vorbehalte.

SPD. Paris, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" schreibt zu den Lausanner Verhandlungen und den politischen Forderungen der deutschen Delegation:

"Wenn die Lausanner Konferenz, entgegen aller Voraussicht, nicht die erwarteten Ergebnisse zeitigen sollte, würde die Verantwortung dafür weder Herriot, noch MacDonald - der, wie man feststellen muss, sich seiner heiklen Aufgabe mit sehr viel Sinn für die politischen Realitäten entledigt hat und dem Geist der französisch-englischen Zusammenarbeit treu geblieben ist -, sondern Herrn von Papen zufallen. Der Reichskanzler hat einen schweren Fehler begangen, als er, zweifellos unter dem Druck der Berliner nationalistischen Kreise, politische Bedingungen für die Regelung der Reparationsfrage gestellt hat. Er ist heute der Gefangene seines eigenen Manövers; auf jeden Fall hat er sich dadurch, dass er innenpolitischen Erwägungen nachgegeben hat, die Sinnesänderung sehr erschwert, die er vornehmen muss, wenn er eine Regelung erzielen will, deren einziger Nutzniesser sein Land sein wird."

SPD. Köln, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Reichsverband Deutscher Konsumvereine in Köln, der der Zentrumsparterie nahesteht, hat an die Reichsregierung eine dringende Eingabe gerichtet mit der Bitte, den aufgetauchten Plan einer Margarinsteuern abzulehnen. Eine weitere steuerliche Belastung der breiten Schichten durch eine Margarinsteuern sei ganz untragbar, nachdem die letzte Notverordnung sowieso schon unerträgliche Herabsetzung der Renten und ausserdem die Krisensteuer, die Salzsteuer, die Schlachtsteuer usw. gebracht habe. Auch die geringste Steuer auf Margarine würde diese Kreise zwingen, auf einen Brotaufstrich überhaupt zu verzichten. Ein derartiger Verzicht würde auch von gesundheitlichen Gesichtspunkten aus die stärksten Bedenken erregen.

SPD. Weimar, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Thüringische Regierung hat am Donnerstag den Rücktritt beschlossen. Sie hat zur Begründung an den Präsidenten des Landtages folgendes Schreiben gerichtet: "Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes 1932 sind vom Landtag Beschlüsse gefasst worden, die durchzuführen die Landesregierung nicht in der Lage ist. Wir treten deshalb als Mitglieder der Landesregierung zurück.
Weimar, 7. Juli 1932."

Es handelt sich bei den Landtagsbeschlüssen, die die Regierung glaubt nicht durchführen zu können, um ein von der Sozialdemokratischen Partei eingebrachtes Gesetz, wodurch eine Verordnung der Regierung aufgehoben werden soll, in der bestimmt wurde, dass der Mieterschutz in Thüringen aufgehoben und die Mieter 20 % höher zur Miete herangezogen werden können, wenn die jährliche Miete mehr als 180 Mark beträgt, ferner um den sozialdemokratischen Antrag, wonach die ungerechte Lohnsummensteuer für die Konsumgenossenschaften, die unter der Regierung Frick eingeführt worden ist, aufgehoben werden soll. Die Steuer beträgt 6 v.H. der Lohnsumme. Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge erfolgte im Landtag mit den Stimmen der Sozialdemokratie, Kommunisten und des Staatsparteilers gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien in Abwesenheit der Nationalsozialisten. Diese hatten sich vor der Verantwortung gedrückt.

Die Landesverfassung bestimmt, dass, wenn alle Mitglieder der Landesregierung ausscheiden, sie die Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger fortführen. Der Landtag ist gegenwärtig vertagt. Mit einer Neuwahl der Landesregierung ist nicht zu rechnen, zumal der Landtag im Dezember neu gewählt werden muss. Eine Neuwahl des Landtags mit den Reichstagswahlen ist nicht mehr möglich, es sei denn, dass die Fristen im Wahlgesetz wesentlich gekürzt werden. Die Sozialdemokratie wird wahrscheinlich die sofortige Einberufung des Landtages beantragen, damit er zur politischen Lage Stellung nehmen kann.

SPD. Halle, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Aus einer Berichtigung, die die Ortsgruppe Halle der Deutschnationalen Volkspartei dem halleschen Naziblatt hat zugehen lassen, ist ersichtlich, dass der durch seinen Prozess gegen den "Vorwärts" bekanntgewordene Berliner Landgerichtsdirektor Sölling (Seligsohn) nicht in die Hugenberg-Partei aufgenommen worden ist. Nur vorübergehend habe Sölling durch das Versehen des zuständigen Bezirksvorstandes den Eindruck gehabt, dass seiner Beitrittserklärung stattgegeben worden sei. Inzwischen sei ihm eröffnet worden, dass die Parteistatute der Deutschnationalen Volkspartei Juden von der Mitgliedschaft ausschliessen.

SPD. Lausanne, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Je stärker sich die Konferenz von Lausanne ihrem schicksalbestimmenden Ende zuneigt, umso grösser wird die gefährliche Unsicherheit in der Haltung der deutschen Delegation. Auch am Donnerstag bestanden zwischen den Erklärungen aus anderen Delegationen, den präzisen Angaben besonders der englischen sowie französischen Presse und den unsicheren Angaben von deutscher Seite, die schärfsten Widersprüche.

Der Reichskanzler stellte der Presse am Donnerstag dar, dass er auch am Donnerstag wieder versucht habe, zusammen mit Bülow und Gauss den Partnern Herriot, Bonnet und Paul Boncour eine Basis für die politische Regelung anzubieten. Er habe sich dabei auf die Stelle im Baseler Gutachten berufen, die für die Herstellung des Vertrauens die politische Regelung als nötig bezeichnet. Auch auf MacDonalds Aussagen, dass doch das Ergebnis der Konferenz als

Abschluss der Kriegsrechnung zu betrachten sei, habe er sich gestützt. Dabei habe er keinerlei Gegenliebe gefunden. Herriot habe es abgelehnt, in Zusammenhang mit der Lausanner Konferenz auf irgend eines der von der deutschen Regierung gestellten politischen Probleme einzugehen. Damit reduziere sich die Aufgabe der Konferenz auf das Reparationsproblem allein. Das sei zwar bedauerlich, aber nicht zu ändern. In der Zahlenfrage und den Modalitäten für die Zahlung sei man noch so weit auseinander, dass von einer Einigung noch nicht die Rede sein könne.

Es folgten peinliche Fragen. Sie ergaben schliesslich, dass die deutsche Delegation weiter verhandeln werde auch ohne dass ihre politischen Forderungen berücksichtigt würden. Als Rückzugslinie hat man den anderen vorgeschlagen, eine Formel in den künftigen Vertrag aufzunehmen, wonach die Lausanner Abmachungen keinerlei politische Fragen einschlossen. Damit will man sich den Weg für spätere Verhandlungen in Genf und auf diplomatischem Wege offenhalten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Instruktionsstunde im Landtag.

Nazipräsident ruft Nazi-Kube zur Ordnung.

SPD. Berlin, 7. Juli (Eig. Bericht)

Im Landtag gab es am Donnerstag für die Nazifraktion sowohl einen praktischen wie theoretischen Anschauungsunterricht, der vor allem auf die Nazi-Anhänger im Lande wie eine kalte Dusche wirken muss. Der praktische Teil dieser Instruktionsstunde war wie folgt:

Auf der Tagesordnung standen die Fragen des Bergbaues und der Bergarbeiter. Die Nazis hatten u.a. ihren Abgeordneten Stangier vorgeschickt, der die üblichen Phrasen von sich gab und dazu so ungeschickt und langweilig, dass es selbst der Nazifraktion peinlich wurde. Nur stockend kam dieser Redner vorwärts und wenn er den Faden ganz verloren hatte, hielt er sich schnell am rettenden Seil der Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie und gegen "das System", die an allem Elend schuld seien. Eine persönlich beleidigende Bemerkung gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Leinert trugen dem Schimpfbold einige Zurufe aus den sozialdemokratischen Reihen ein und dann konnte auch der übliche rasende Beifall der Nazifraktion folgen, worauf der Redner abtrat.

Jetzt aber erhebt sich Kube, der Naziführer, um das Wort zur Geschäftsordnung zu nehmen und um nachzuholen, was wohl der Naziredner vergessen hatte aber für die Radaubröder im Lande notwendig ist, damit sie das notwendige Interesse an der Tätigkeit ihrer Abgeordneten nicht verlieren. Mit Posaunentönen schmettert dieser Kube in den Saal: "Ich habe hier festgestellt: Wenn ein deutscher Arbeiter, wie der Vorredner, der ehrlich als Bergmann sein Brot erwirbt, hier in diesem Hause spricht, dann haben es die vollgefressenen Bonzen der SPD für geschmackvoll gehalten, diesen deutschen Arbeiter durch dämliche Bemerkungen zu unterbrechen. Namens meiner Fraktion erkläre ich hier: Wir werden in Zukunft ein derartiges Verhalten nicht dulden, sondern es mit Brachialgewalt zu brechen wissen!" - Frenetischer Beifall bei den Nazis. Auf dem Präsidentenstuhl sitzt der Nazimann Haake und schweigt.

Später erscheint Nazipräsident Kerrl. Er löst seinen Pg. ab, lässt den folgenden Redner zu Ende kommen um dann an Hand des amtlichen Stenogramms zu erklären: er habe die Worte des Abg. Kube nicht gehört. Jetzt aber müsse er nachträglich den Herr Kube wegen seiner beleidigenden Äusserungen zur Ordnung rufen. Die Ausübung von Brachialgewalt würde er nicht dulden und ihr im gegebenen Falle die Präsidialgewalt entgegenstellen.

Eisiges Schweigen bei den Nazis. Kube ist nicht im Saal. Vielleicht spricht er nachträglich im Fraktionszimmer von dem "vollgefressenen Präsident und Bonzen Kerrl" und vielleicht erkennen aus diesem kleinen Zwischenfall die Nazi-Anhänger, welcher Unterschied zwischen Theorie und Praxis sein wird, wenn die Herren regieren.

Auch theoretisch gab es im Landtag während dieser Sitzung noch einigen Unterricht für Naziabgeordnete und Naziwähler. Die Lage des Bergbaues und der Bergarbeiter gab den Anlass. Der Hauptredner der Nazis, ein Baron von Gregory, versuchte dem Hause die Wirtschaftslehren des Dritten Reiches beizubringen. Verlorene Liebesmüh, denn selbst diesem Naziredner entschlüpfte, in die Enge getrieben, das Geständnis: "Kein Systemwechsel kann die heutige Wirtschaftsnot beseitigen." "Wozu dann das Dritte Reich?", frugen selbst die folgenden bürgerlichen Redner! und köstlich war es vor allem anzuhören, wie der Deutschnationale v. Waldhausen den Nazibaron und Nazitheoretiker abstrafte und widerlegte. Diesem Parteifreund des Herrn Hugenberg, dem die Nazis soviel verdanken, diesem Deutschnationalen ist es angst und bang, denn er fürchtet, die Nationalsozialisten würden eines Tages im Bolschewismus enden.

"Autarkie" das ist der Ruf des Nazibarons, und v. Waldhausen antwortet: "Autarkie ist für Deutschland und seine Wirtschaft vollkommener Unsinn. Deutschland ist auf Export angewiesen, ohne den wir nicht leben können. Ich bin gewiss kein Freund der gegenwärtigen preussischen Regierung, fügt Waldhausen hinzu, aber ich muss gestehen, dass sie bisher in den bergbaulichen Fragen alles getan hat, was sie konnte." Schade nur, dass die Agrarfreunde dieses Waldhausen Deutschland in die Autarkie getrieben haben und damit in den Handelskrieg mit ganz Europa, und in den Blättern des Herrn Hugenberg werden diese Sätze des deutschnationalen Redners nicht zu finden sein.

Nicht zu finden weder in den Organen Hugenbergs noch in denen der Nazis, werden auch nicht die ausgezeichneten Reden sein, die im sozialdemokratischen Auftrag die Abgeordneten Osterroth und Vogt gehalten haben. Als Osterroth das Rednerpult betrat, empfing ihn von Naziseite der Zuruf: "vollgefressener Gewerkschaftsbonze". Osterroth blieb die Antwort nicht schuldig, und er gab später diesen Nazis einen Anschauungsunterricht, der die ganze Kluft aufzeigte zwischen Naziphrase und jahrzehntelanger sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Schulung. Mit überlegener und wahrhaft wissenschaftlicher Erkenntnis zerpfückte dieser ehemalige Bergarbeiter und Marxist den ganzen Unsinn und Widersinn des nationalsozialistischen Gefasel über Wirtschaft. "Der sehr grausamen Kritik des deutschnationalen Redners an den Ausführungen Gregorys will ich aus christlicher Nächstenliebe nichts hinzufügen. Neues war ohnedies von Gregory nicht zu hören. Er hat lediglich versucht das nationalökonomische 18. Jahrhundert nochmals totzuschlagen, was ein Robertus, ein Liszt und selbst die konservativen Nationalökonomien des vergangenen Jahrhunderts bereits getan haben. Die Gesetze der Weltwirtschaft sind durch preussische Parlamentsbeschlüsse nicht abzuändern. Und so bleibt von den nationalsozialistischen Wirtschaftstheorien nichts übrig. Es könnte nichts besseres geben, als dass ihre Träger und Verkünder jetzt einmal die Verantwortung übernehmen müssten. Dann würden die schaffenden Schichten des Volkes merken, dass sie vergeblich auf die Retterfähigkeit der Nazis gewartet haben. Mögen Sie schimpfen und toben, Herr Kube, bei der Sozialdemokratie und bei den Gewerkschaften stoßen Sie auf eine Mauer, an der Sie sich die Köpfe einrennen. (Stürm. Beifall)

Nicht minder treffend und wirksam tritt später der sozialdemokratische Abg. Vogt den Nazirednern entgegen. Auch er hält ihnen eine kleine Lehrstunde über Wirtschaftskrise und Kapitalismus, der die Nazis sehr aufmerksam zuhören und wobei sie zu einem Zwischenruf nicht imstande sind. Vogt zeigt ihnen vor allem, wie richtig Karl Marx die heutige Konzentration des Kapitals vorausgesehen und begründet habe.

Bei den Erörterungen der praktischen Fragen kritisiert Vogt die Stützungsaktion der Regierung für die Stahlwerke Gelsenkirchen, und mit allem Nachdruck verlangt der Redner die Verkürzung der Arbeitszeit, die allein imstande sei, die durch die Rationalisierung überflüssig gewordenen Arbeitskräfte wieder in die Betriebe zu bringen. Das kapitalistische Profitsystem trage die Schuld auch an den zahllosen Unfällen im Bergbau und auch hier trete die Sozialdemokratie für alle Anträge ein, die gestellt sind, um einmal das Leben der Bergarbeiter vor Gefahren zu schützen und um die Opfer der Arbeit ausreichend zu versorgen. Woher die Anträge kommen, welche Partei sie stellen mag, wir treten für sie ein, denn über alles steht uns das Wohl und die Gesundheit der Arbeiterschaft. (Grosser Beifall) - Das Haus vertagt sich auf Freitag.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Majestät.

SPD. Während die Reichsregierung mit unglaublichem Ungeschick die weissblauen Tendenzen in Bayern bestärkt hat, arbeiten still und leise die bayerischen Monarchisten, um die Gelegenheit auszunützen. Man merkt nicht viel von ihnen, aber von Zeit zu Zeit erkennt man, wie sie am Werke sind. Der Exkronprinz von Bayern, Rupprecht, hat eine Reise nach der Rhön gemacht. Diese Reise ist zu einem richtiggehenden Königsrummel geworden. Feierliche Ankündigung in den Lokalblättchen gingen der Reise voraus. Eins dieser Blätter schweifwedelte

"Unser König besucht die Rhön. Mit ehrerbietigem Grusse wünschen wir, dass die Tage in der Rhön bei Seiner Königlichen Hoheit freundliche Eindrücke hinterlassen möchten."

Es wurden Festzüge, Festspiele, Festabende und Festakte veranstaltet. Die Reichsbahn legte einen Sonderzug ein, worüber sie Interessenten folgendes mitteilte:

"Die Reichsbahn gibt den Teilnehmern und Besuchern der Feier auf dem Scheinberg (Wittelsbacher Jubiläumsturm) anlässlich der Anwesenheit Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Bayern Gelegenheit, bis an den Fuss des Scheinberges zu fahren, und sie von dort nach Schluss der Feier nach Bad Kissingen zurückzuholen."

Sie hatte sich allerdings verrechnet, denn der Kissinger Sonderzug war ausserordentlich schwach besetzt. Aber wenn es sich um königliche Hoheiten handelt, dann legt die Reichsbahn Sonderzüge ein und errichtet eigene Haltestellen, auch wenn es sich nicht rentiert.

Die weissblaue Königskomödie hat ihren tieferen Sinn. Partikularismus und Wittelsbacher Propaganda sind in Bayern untrennbar verbunden. Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, dass die Regierung der schwarzweissen Barone durch ihre Haltung den Ländern gegenüber den weissblauen Monarchismus grosszieht!

Wilhelm bei Hitler.

In der Nationalsozialistischen Partei gibt es eine Herrenabteilung und daneben den gewöhnlichen Plebs. Zur Herrenabteilung gehört der Naziherzog von Koburg-Gotha, der Chef des nationalsozialistischen Automobilkorps, zugleich Präsident des sogenannten Nationalen Deutschen Automobilklubs. Durchlaucht haben eine Verlautbarung erlassen, in der nach langem Schwalm über die Potsdamer Geistigkeit mitgeteilt wird, dass Wilhelm von Doorn gebeten worden sei, die Schutzherrschaft über den Nationalen Deutschen Automobilklub zu übernehmen.

Auf diese Weise erhält Wilhelm auch seine Funktion bei den Nationalsozialisten. Er wird Schutzherr der reichen Herrschaften aus der Herrenabteilung und tritt auf diese Weise in nähere Beziehungen zur Nationalsozialistischen Partei. Das ist ganz in der Ordnung. Das Volk hungert durch die Hitler-Notverordnung, aber Wilhelm ist wieder da, und zwar bei Hitler!

Die Nazi-Gottlosen.

Die Nationalsozialisten sind alle Patentchristen. Sie schreien laut, dass sie die christliche Familie vor den Angriffen der Gottlosen schützen wollen. Sie erzählen in katholischen Gegenden, dass Hitler ein frommer Katholik sei, der vor jeder wichtigen Entscheidung nach Altötting fahre, um dort zur Mutter

Gottes zu beten. In den protestantischen Gegenden treiben sie es wieder anders. So berichtet der Lückener Anzeiger über eine Veranstaltung der Nationalsozialisten in Lück in Ostpreussen:

"Nun marschierte man zum Kaiserhof, wo die beteiligten Männlein, Weiblein und Kinder etwas zu sehen, ja auch zu hören bekamen, ein Theaterstück, betitelt "Der Aufruhr". Das Stück behandelt eine unmoralische Köchinnen-Angelegenheit in einer katholischen Pfarre, die Szene dekoriert mit dem Mutter-Gottesbild und Heiligenbildern, die Geistlichen mit Stola und Rosenkranz. Noch näher auf den Kitsch einzugehen, verbietet uns der Anstand."

Das ist echt nationalsozialistisch! Beiden Unternehmern spielen sie die Scharfmacher, bei den Arbeitern die Arbeiterfreunde, bei den Katholiken die frommen Katholiken, bei den Protestanten die Kämpfer gegen Rom. In ihren Programmen reden sie laut von Christentum und in der Praxis machen sie Anleihe bei der kommunistischen Gottlosenpropaganda. Sie schreien laut nach Anwendung der Gottlosen-Notverordnung gegen die Kommunisten, aber sie vollführen dasselbe Theater. Alles ist bei dieser Partei verlogen, ihr Name, ihr Christentum, ihr Sozialismus. Uebrig bleibt eine gesinnungslose Hetze, bei der es nur auf äusserste Gemeinheit ankommt!

Das Spiel mit dem Feuer.

Die nationalistische Hetze der Nationalsozialisten hat zeitweise in Ostpreussen geradezu Panikstimmung erzeugt. Dies ruchlose Spiel mit dem Feuer wird auch weiterhin ins Land getragen. So wurde in Garmisch-Partenkirchen an einem der letzten Tage allen Ernstes das Gerücht verbreitet, die Polen seien in Danzig einmarschiert. Es wurde hinzu behauptet, dass die Nachricht amtlich durch den Rundfunk verbreitet worden sei. Der Einwohnerschaft bemächtigte sich grösste Erregung, und es bedurfte vieler Mühe, um die Bevölkerung zu überzeugen, dass es sich um einen dreisten Schwindel handle.

Der Zweck dieser Lüge ist offenkundig, Stimmung zu machen für die Nationalsozialisten, so wie sie es mit ähnlichen Lügen in Ostpreussen betrieben haben. Diese Methode ist überaus verwerflich! Wenn irgend etwas geeignet ist, lebenswichtige innen- und aussenpolitische Interessen des Reichs auf das schwerste zu gefährden, so diese nationalistische Hetze! Die Hetzer werden noch so lange mit dem Feuer spielen, bis es wirklich brennt!

Nur keine Halbheiten.

Wir lesen in einem nationalsozialistischen Wahlflugblatt: "Gegen eine im Reichsrat angenommene Sperre, die in der Folgezeit keinerlei ausländische, speziell polnische Landarbeiter mehr nach Deutschland hereinlassen will, hat einzig und allein der Vertreter Pommerns, der deutschnationale Graf Behr Bedenken erhoben. Das ist keineswegs ein Einzelfall im Lager der von kaisertreuen und völkischen Bewusstsein übertriefenden Hugenbergianer. Das deutsche Arbeitertum unter Adolf Hitlers Führung lächelt nur noch still über diese reaktionär verkalkten Klassenritter."

Wir lächeln auch, aber gar nicht stille; denn wir denken an den Rittergutsbesitzer von Corswandt, Führer der Nationalsozialisten in Pommern, der im Provinziallandtag erklärte, er könne die polnischen Wanderarbeiter nicht entbehren, da sie billiger seien als die deutschen! Nur keine Halbheiten! Wenn die verkalkten Klassenritter durch den Kakao gezogen werden, dann gefällt nicht nur die deutschnationalen, sondern auch die nationalsozialistische aus Hitlers Herrenabteilung!

Aus aller Welt

Höchstzahlen des Reisens.

SPD. Der stärkste Personen-Fernverkehr? Am ersten Messesonntag auf den 26 Bahnsteigen des Leipziger Hauptbahnhofs, des grössten Europas. Hunderttausend Reisende passieren an diesem Tag die Sperren. (Zum Vergleich: sämtliche Berliner Fernbahnhöfe zusammen zählen im Tagesdurchschnitt 65 000 Reisende). An einem gewöhnlichen Wochentag verkehren auf dem Leipziger Hauptbahnhof 395 Züge (auf sämtlichen Berliner Fernbahnhöfen zusammen: 400 Züge) Am Messesonntag dagegen: 474 Züge. Alle drei Minuten kommt oder fährt ein Fernzug.

Was aber diese Dichte der Zugfolge anbelangt, so wird sie noch übertroffen vom Alltagsverkehr auf dem Hamburger Hauptbahnhof - weil der auch den Stadt- und Vorortverkehr bewältigt. Er sieht täglich 1000 Züge in seinen Hallen.

Wir sprachen vom grössten Bahnhof. Und der höchste Bahnhof der Reichsbahn? Der Bahnhof Bärenthal-Feldberg, 967 Meter hoch an einer von Titisee ausgehenden Anzweigung der Höllentalbahn, der sogenannten Dreiseenbahn, gelegen. Von hier aus führt ein unmittelbarer Zugang zum Feldberg-Gipfel. Uebrigens besteht die Dreiseenbahn erst seit wenigen Jahren.

Was Leipzig für den Personenverkehr, ist Hamm in Westfalen für den Güterverkehr: der grösste Verschiebebahnhof Deutschlands und zugleich einer der modernsten der Welt. Hier werden täglich 6000 Güterwagen rangiert. Im vorigen Jahr kamen allein 1200 ausländische Eisenbahnfachleute nach Deutschland, um sich die mechanisierten Rangieranlagen dieses Bahnhofs anzusehen.

Güterwagen haben auch ihre Rekorde. Ihr grösster fasst ein Ladegewicht von 60 Tonnen und hat einen Rauminhalt von 75 Kubikmetern. Derartige "Grossgüterwagen" gehören zu den letzten Errungenschaften, sie dienen dem Transport von Massengütern, speziell von Kohle und Koks, und verkehren nur auf ganz bestimmten Strecken, z.B. zwischen einzelnen Zechen und Hüttenwerken. Der grösste Grossgüterwagen-Empfänger: das Gaswerk Berlin-Weissensee, Danziger Strasse. Hier kommt täglich aus den westfälischen und oberschlesischen Kohlengruben je ein Zug mit 25 Grossgüterwagen an.

Ueberhaupt ist die Kohle das am meisten beförderte Gut. Ueber 25 Prozent des gesamten deutschen Güterverkehrs sind Kohlen-Verkehr.

Auf 13 600 Anschlussgleisen mit einer Gesamtlänge von 11 700 km können die Güter von den Reichsbahnstrecken unmittelbar in die Werkanlagen der grossen Industrieunternehmen befördert werden. 500 Wagen verkehren täglich auf dem am meisten beanspruchten Anschlussgleis.

Die längsten Schienen? 60 Meter lang! Allerdings ist versuchsweise erst eine Strecke von 10 km mit diesen Riesenschienen belegt worden. Bekanntlich entsteht das Rattern der Räder, das Fahrgeräusch, an der Stelle, wo die eine Schiene endet und die nächste beginnt. Je länger also die Schienen sind, desto weniger solcher Uebergangsstellen gibt es, und desto ruhiger wird die Fahrt. Und deshalb: auf den längsten Schienen die ruhigste Fahrt. Im allgemeinen verwendet man Schienen von 15 m Länge, auf Brücken, Ueberwegen und in Tunneln Schienen von 18 m Länge, und auf den Strecken, die dem internationalen Verkehr

und dem FD=Zug=Verkehr dienen, von 30 m Länge.

+

Und damit kommen wir zum "Kundendienst". Deutschlands schnellster und komfortabelster Zug? Der Rheingold=Express. Mit 110 km/Stunde raste er in zwölfteinhalb Stunden von Hoek van Holland nach Luzern. (Demgegenüber höchste Schnellzug=Geschwindigkeit: 90 km/Stunde, auf der Strecke Hamm=Hannover). Der Rheingold=Express besteht aus Salonspeisewagen nach dem Pullmansystem, gehört der Deutschen Reichsbahn=Gesellschaft und wird bewirtschaftet von der Mitropa.

Die kleinste Küche? Ebenfalls bei der Mitropa: im Speisewagen. Drei Meter lang, zwei Meter breit!

+

Das Streckennetz der Deutschen Reichsbahn ist in 29 Bezirke mit je einer Reichsbahndirektion aufgeteilt. Der stärkste Güterverkehr: im Direktionsbezirk Essen - der stärkste Personenverkehr: im Direktionsbezirk Berlin. Der Direktionsbezirk mit den meisten Bahnhöfen, dem höchsten Personalbestand und dem umfangreichsten Streckennetz: Dresden.

+

Die Entwicklung der deutschen Dampflokomotive während des letzten Jahrzehnts hat eine Reihe erstaunlicher Superlative gezeitigt. Die heute im Betrieb befindliche stärkste Lokomotive entwickelt 2100 PS, sie ist zugleich die schwerste (einschliesslich Tender wiegt sie 182 000 kg), die längste (mit Tender 23 Meter lang) und - die sparsamste! Denn infolge verbesserter Konstruktion verbraucht sie, auf eine bestimmte Leistungseinheit bezogen, 20 Prozent weniger Kohle als die Lokomotive von 1913. Die höchste Ersparnis, die durch diesen verringerten Kohlenverbrauch erzielt werden konnte, betrug in einem Jahr 64 Millionen Mark!

Die längste Strecke, die von ein- und derselben Lokomotive ohne Ablösung zurückgelegt werden kann, beträgt 400 km. Sie wird von der "Rheingold"-Lokomotive auf der Fahrt von Mannheim nach Zevenaar zurückgelegt.

Der geräumigste Tender fasst 30 000 Liter Wasser und 200 Zentner Kohle. Zwei Meter hoch ist das grösste Lokomotivtreibrad. Die Lokomotive, die sich mit dem billigsten Brennstoff begnügt, ist die Kohlenstaublokomotive - und die mit dem höchsten Kesseldruck die "2 C 1 Hochdrucklokomotive Bauart Schwartzkopf-Löffler": 120 Atmosphären Kesseldruck. (Bei den sonst gebräuchlichen Lokomotiven: 16 Atmosphären!)

+

Hinüber zur Finanzwirtschaft! Im Güterverkehr werden die höchsten Einnahmen im Oktober erzielt, der 9,55 Prozent der Gesamteinnahmen erbringt - die niedrigsten im Dezember (7,54 Prozent der Gesamteinnahmen) Die höchsten Einnahmen des Personenverkehrs bringt der Juli mit 11,30 Prozent, die niedrigsten der Februar mit 5,85 Prozent der Gesamteinnahmen. Der höchste Superlativ aber ist die Deutsche Reichsbahn=Gesellschaft selbst: mit ihrem Jahresumsatz von über 5 Milliarden Mark ist sie das grösste Wirtschaftsunternehmen der Welt.

+

+

+

"Familie und Fürsorge". Am 11. Juli beginnt in Frankfurt am Main die "Zweite internationale Konferenz für soziale Arbeit". Der Kongress, an dem mehr als 1000 Vertreter der öffentlichen und privaten Fürsorge aller Richtungen teilnehmen, behandelt das Problem "Familie und Fürsorge". Den Vorsitz der Verhandlungen wird Alice Massaryk, die Tochter des Präsidenten der Tschechoslowakei, führen. Als Vizepräsident ist der frühere Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Geib, in Aussicht genommen.

+

+

+

"Sicherheiten". In der Donnerstag-Sitzung des Berliner Devaheim-Prozesses kamen die Fälle "Düsseldorf" und "Witten" zur Erörterung. In den Städten Düsseldorf und Witten hatte die Mühlheimer Baugenossenschaft Bauvorhaben ausführen wollen. Die Baugenossenschaft verlangte aus diesem Grunde die Bewilligung von Hauszinssteuer-Mitteln. Die beiden Städte erbatent sprechende Sicherheiten. Um diese Sicherheiten leisten zu können, liess sich die Mühlheimer Baugenossenschaft von der Heimstättenbank ein Sperrkonto in erforderlicher Höhe (57 000 Mark) errichten. Die Anklage behauptet nun, dass in der Errichtung des Sperrkontos Betrug vorliege. Tatsächlich sei die Heimstättenbank nicht in der Lage gewesen, gegebenenfalls aus diesem Konto Zahlungen zu leisten. Die wegen dieser "Sicherheitsleistung" verantwortlichen Angeklagten Wilhelm und Paul Jeppel, Kocks und Ernst Cremer hätten den Städten Düsseldorf und Witten die Wertlosigkeit der Sicherheiten bewusst verschwiegen. Der Angeklagte Jeppel meinte sich vor Gericht damit entschuldigen zu können, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Inanspruchnahme der Heimstättenbank doch nur gering gewesen sei. Staatsanwalt: "Wie kann das eine Rechtfertigung sein, wenn Sie im Falle der Inanspruchnahme nicht zahlen konnten?" - Jeppel: "Dann hätte ich die Mittel dazu den anderen streichen müssen." - Staatsanwalt: "Aber wenn man über seine Verhältnisse lebt, dann ist das doch ganz einfach Hochstapelei!" Jeppels Verteidiger: "Wenn Sie tun - ja, wenn es eine Bank tut - nein."

Anwaltskrieg. Zwischen den Berliner Spitzenanwälten tobt eine heftige Konkurrenzfehde. Der Standeskrieg begann mit der Aufrollung der Affäre "Stinnes - Glade - Gollnick - Alsberg." Es hat sich durch die bisherigen Verhandlungen vor der Berliner Anwaltskammer bereits gezeigt, dass die in dieser Sache gegen Gollnick und Alsberg erhobenen Vorwürfe der Richterbeeinflussung einen Schlag ins Wasser darstellten. Unzweifelhaft schuldig hat sich in dieser üblen Affäre (in der das Urteil über das Verhalten des verantwortlichen Richters noch aussteht-) bisher nur der inzwischen verstorbene Assessor Glade gemacht. Der Spiess ist nun aber umgedreht worden: der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin hat gegen den Berliner Rechtsanwalt Dr. Erich Frey Anklage wegen nicht standesgemässen Verhaltens erhoben. Dr. Frey gilt allgemein als der Inszenator des in erster Linie gegen seinen Konkurrenten Alsberg gerichteten Feldzuges.

Gegen Dr. Frey schweben ausserdem noch zwei Ermittlungsverfahren der Anwaltskammer. Das eine erstreckt sich über den im Devaheim-Prozess laut gewordenen Vorwurf, dass ein Teil der Schweigegelder für ein Berliner Wochenblatt über Dr. Frey geleitet worden sein soll; das andere bezieht sich auf Vorgänge im Berliner Rundfunkprozess, in dem sich der Intendant der Berliner Funkstunde gegen böswillige Unterstellungen in dem Schlüsselroman "Wir schalten um" des Schriftstellers Heinrich Scharnke zur Wehr setzte. Dr. Frey soll in diesem Prozess angeblich nicht die Interessen seines Mandanten Scharnke, sondern die eines Funkstunden-Nebenklägers vertreten und Scharnke dafür mit einem Teil des mit der Funkstunde vereinbarten Honorars entschädigt haben...

Unterweltliches. Von Beamten der Berliner Kriminalpolizei wurden zwölf Mitglieder eines Unterweltvereins verhaftet. Die Festgenommenen sind Teilnehmer des Feuerüberfalls, der vor einigen Tagen auf eine Gastwirtschaft in einem Hause in Berlin N. verübt wurde. Anführer des Ueberfalls war offenbar der Portier Georg Schubert. Schubert war vor einiger Zeit aus einem Berliner Unterweltverein ausgeschlossen worden. Er trat nun in einen andern ein und inszenierte mit etwa zwanzig Komplizen einen Rachefeldzug gegen das Stammlokal des Vereins, aus dem er hinausgeworfen worden war. Es kam zu einer heftigen Schiesserei, in deren Verlauf zwei Gäste des Lokals Verletzungen

erlitten. Als die Situation für Schubert und seine Leute ungemütlich wurde, räumte er das Feld. Jetzt hat ihn das Schicksal trotzdem ereilt; aber am Donnerstag mittag rückte eine Deputation von Mitgliedern seines Unterweltvereins auf das Berliner Polizeipräsidium und - bat um eine milde Beurteilung des Falles...

+ + +
Neues Raiffeisen-Urteil. Der Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Franz Lange, der frühere Prokurist der verkrachten Raiffeisenbank, wurde vom Schwurgericht Dresden nach 10tägiger Verhandlung wegen Meineides zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Dr. Lange soll in den beiden Prozessen gegen den Raiffeisen-Schwindler Uralzeff einen Meineid geleistet haben, indem er beschwor, dass er von Uralzeff weder Geschenke, noch Provisionen, noch einen Teppich erhalten hätte. Das Gericht verurteilte Dr. Lange im wesentlichen auf die belastenden Aussagen Uralzeffs hin. Befremden erregte es, dass derselbe Dresdener Staatsanwalt Dr. Stephan, der vor einem Jahr Uralzeff als "Auswurf der Menschheit" bezeichnet hatte, ihn in seinem jetzigen Plädoyer als überaus glaubwürdigen und ehrlichen Menschen hinstellte. Dr. Lange wird Revision einlegen. Ueber einen Haftentlassungsantrag soll nach gerichtsarztlicher Untersuchung entschieden werden. Die bereits verbüßte Untersuchungshaft wird angerechnet.

+ + +
160 000 Mark unterschlagen! Das Schwurgericht Darmstadt verurteilte den Sekretär Scholles beim Darmstädter Oberversicherungsamt wegen Unterschlagung von 160 000 Mark zu drei Jahren, sechs Monaten Zuchthaus, seine Ehefrau wegen Beihilfe zu einem Jahr Gefängnis. Scholles hat sein Gewerbe - nach den Ausführungen des Staatsanwalts - "geradezu fabrikmässig betrieben". Verbraucht hat er die unterschlagene Summe auf Vergnügungsreisen und für kostspielige Anschaffungen.

Ein gleichfalls der Unterschlagung beschuldigter mitangeklagter Bürovorsteher des Darmstädter Oberversicherungsamtes wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

+ + +
Wahnsinnstat. In Warschau hat die Frau eines kaufmännischen Angestellten ihre beiden zwei- und siebenjährigen Kinder aus einer im vierten Stock gelegenen Wohnung auf die Strasse geworfen. Dann sprang die Wahnsinnige den Kindern nach. Alle drei erlitten tödliche Verletzungen.

+ + +
Unwetterkatastrophe. Füssen (Allgäu) und das obere Lechgebiet wurden durch eine furchtbare Hagelkatastrophe heimgesucht. Fast die gesamte Ernte ist vernichtet. Der Sachschaden wird auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt.

+ + +
"Schiffsbewuchs". In Cuxhaven wurde ein "Laboratorium für Schiffsbewuchsforschung" eingerichtet. Das Institut arbeitet mit dem Cuxhavener Biologischen Museum zusammen.

+ + +
Ertrunken. In der Nähe von Ohlau (Schlesien) sind zwei Tischlerlehrlinge im Alter von 18 und 15 Jahren beim Baden ertrunken.

+ + +
Fruchtbare Wüste. Noch in diesem Jahre wird in Indien die Wüste Thar durch den Staudamm von Sukkur am mittleren Lauf des Indus bewässert und in fruchtbares Ackerland verwandelt werden. Der Indus ist einer der grössten Ströme der Welt; sein Staudamm wird 1320 Meter lang und durch 66 stählerne Schleusen abschliessbar sein. Thar ist ungefähr ebenso gross wie Aegypten.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Die Eisenbahner mobilisieren.

SPD. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands macht mobil. Die Mitgliedschaft und vor allem der gesamte Funktionärapparat werden im Freiheitskampf der deutschen Arbeiter eingesetzt, um den Anschlag einer herrschsüchtigen und gewalttätigen Reaktion gegen die verfassungsmässigen Rechte der Arbeiter zurückzuschlagen. Vorstand und Beirat des Verbandes haben sich dieser Tage eingehend mit der Durchführung des Anmarsches der Eisenbahner zum Wahlkampf beschäftigt. Das Ergebnis der Beiratstagung liegt vor in einer einstimmig angenommenen Willenskundgebung. Der Fanfarenstoss der Eisenbahnerschaft lautet:

"Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands richten die Aufmerksamkeit der gesamten deutschen Eisenbahner auf die für das Reichsbahnpersonal entscheidenden Vorgänge in der Innen- und Aussenpolitik. Die Regierungserklärung der von der Hitler-Partei tolerierten Regierung Papen ist eine offene Kampfansage an die deutschen Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Das angesichts der ungeheuren Volksnot empörende Wort von der staatlichen Wohlfahrtsanstalt enthüllt den Geist schwärzester Reaktion. Die Notverordnung dieser Regierung, für die die Hitler-Partei mitverantwortlich ist, übertrifft alle bisherigen Massnahmen durch die einseitige Härte, mit der alle Opfer lediglich den ärmsten Volksgenossen aufgebürdet werden.

Der Weg dieser Regierung führt auch die Eisenbahner in die Sklaverei und die Rechtlosigkeit der Vorkriegszeit zurück. Das Koalitionsrecht der Eisenbahner und die bedeutendsten sozialen Leistungen sind Errungenschaften der Nachkriegszeit. Sie sind die Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz und müssen unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Stellung der deutschen Eisenbahner beruht auf diesen Errungenschaften. Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes rufen deshalb die gesamten deutschen Eisenbahner zum entschlossenen Kampf um die Erhaltung dieser Grundrechte für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn auf.

Die Entscheidungen der Lausanner Konferenz bedeuten für das Reichsbahnpersonal den Anfang gesetzgeberischer Kämpfe um die Ausschaltung des heute überragenden Einflusses der Unternehmer. Die Durchführung der von uns immer wieder aufgestellten Forderung auf Umformung der heutigen Reichsbahngesellschaft und Neuregelung des Verkehrswesens ist abhängig von der Zusammensetzung und Arbeitsfähigkeit des neu zu wählenden Reichstages. Vorstand und Beirat des Verbandes fordern deshalb die Eisenbahner auf, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen alle Kraft einzusetzen, um der für die Eisenbahner besonders verdienten Sozialdemokratischen Partei zu einem vollen Wahlerfolg zu verhelfen. Jeder Eisenbahner wählt Liste 1!"

Alle Kräfte der Organisation sollen, wie der Verbandsvorsitzende Scheffel in seinem, mit dem Kampfruf der Eisernen Front "Freiheit" eingeleiteten, Situationsbericht hervorhob, nunmehr eingesetzt werden, um die Wegbereiter der Reaktion, die Nazis, entscheidend zu schlagen. Scheffel erinnerte an die Ermordung des Verbandskollegen und Jugendleiters Rudolf Mareck, der in Chemnitz von Nazibanditen durch zwei Schüsse meuchlings getötet wurde. Das Blut

Marecks und das Blut der vielen, vielen hingeschlachteten Arbeiter dürfe nicht umsonst geflossen sein.

Die Mobilisierung der Eisenbahner passt verschiedenen Verwaltungs-gewaltigen der Reichsbahn absolut nicht; sie möchten am liebsten die Werbe-aktion des Einheitsverbandes unterbinden. So ging der Bezirksleitung Dresden des Einheitsverbandes am 2. Juli ein Schreiben der Reichsbahndirektion Dresden zu, worin das Zeichen der drei Pfeile, in dem die Arbeiterschaft den Wahlkampf führt, als ein "parteiliches" Symbol bezeichnet und erklärt wird, "auch gewerkschaftliche Bekanntmachungen, die dieses Zeichen tragen, auf Reichsbahngelände nicht mehr zulassen zu können." Zur Vermeidung von Weiterungen wurde die Bezirksleitung aufgefordert, "die bereits zum Aushang gebrachten Bekanntmachungen dieser Art umgehend zurückzunehmen und vom Aushang weitere Stücke abzusehen."

Die Aufklärungs- und Aufrüttelungsaktion der Eisenbahner soll also mit kleinlichen Schikanen gehemmt werden. Das wird aber, so erklärte Scheffel auf der Beiratstagung mit schärfstem Nachdruck, nicht gelingen. Im Gegenteil: die Funktionäre des Verbandes würden zunehmend erst recht aktiv sein. Ebenso werde der Versuch jener merkwürdigen und weltfremden Arbeiter"freunde", unter fortgesetzter Beschimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei die Bildung einer Einheitsfront des Arbeitsvolkes zu verhindern, die Eisenbahner nicht verwirren.

Scheffel beleuchtete auch mit einigen Sätzen die neue Personalpolitik der Reichsbahn und die Lausanner Verhandlungen, bei denen auch die Reichsbahn als Reparationsobjekt eine Rolle spielt. Die Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft habe sich, seitdem die Papen-Regierung am Ruder sei, grundsätzlich geändert. Die Gesellschaft wolle nach zuverlässigen Mitteilungen in Zukunft nur nach rein privatkapitalistischen Methoden verfahren, d.h. das immerhin noch etwas stabile Arbeitsverhältnis des Eisenbahners künftighin jeder Konjunkturschwankung aussetzen. Damit öffne man der Entlassungs- und Abbauwut Tür und Tor. Die Lausanner Verhandlungen würden im Gegensatz zu den Gepflogenheiten des Kabinetts Hermann Müller und der Zusage des Kabinetts Brüning ohne jede Fühlungnahme mit den Arbeitnehmern geführt. Auch hier also ein völliger Systemwechsel.

Aus all diesen Gründen, betonte Scheffel, erwächst für die Eisenbahner die zwingende Pflicht, den Wahlkampf zu einem Erfolg für die Partei des arbeitnehmenden Volkes, für die Sozialdemokratie zu gestalten; denn nach dem Wahlkampf beginne der politische und wirtschaftliche Kampf der Partei und Gewerkschaften um die Existenz der Arbeiter.

Scheffels Situationsbericht fand in der Aussprache völlig einmütige Zustimmung, und mit grosser Zuversicht kam dabei zum Ausdruck, dass bei der im Lande vorhandenen kampfbegeisterten Stimmung der Arbeiterschaft die Aussichten für einen durchschlagenden Wahlerfolg der Sozialdemokratie die denkbar besten seien.

SPD. Die Arbeitsmarktlage im Reich ist, wie der Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. Juni ergibt, nach wie vor von unverkennbarem Ernst. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigte - so lautet der Bericht - seit Mitte Juni (zahlenmässig) ein günstigeres Bild als in der ersten Hälfte des Monats. Die Besorgnis, dass die sommerliche Entlastung bereits zum Stillstand gekommen sei, hat sich nicht bestätigt. Nach einem Rückgang um rund 93 000 betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen am 30. Juni rund 5 476 000. An dieser Abnahme waren die Saisonausserberufe und die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen in ungefähr glei-

chem Masse beteiligt. Auf eine Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage kann jedoch aus diesen Zahlen nicht geschlossen werden.

Die Abnahme der Arbeitslosenzahl seit dem Höchststand im Winter (Mitte März) beläuft sich jetzt auf rund 653 000 gegenüber rund 1 037 000 im Vorjahre (seit Mitte Februar).

Von der Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen befanden sich rund 2 485 000 in den Unterstützungseinrichtungen der Reichsanstalt und rund 2 163 000 in der gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützung, deren Belastung damit gegenüber Ende Mai um rund 72 000 zugenommen hat. Unter den von der Reichsanstalt betreuten Arbeitslosen waren rund 941 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, d.h. um etwa 61 000 weniger als am vorigen Stichtag, und rund 1 544 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge nach einem Rückgang um etwa 29 000.-

Der zahlenmässige Rückgang der Arbeitslosenziffer ist ohne jede Bedeutung. 93 000 gegenüber 5.476.000 - das ist ein verschwindend geringer Ausschlag von $1\frac{1}{2}\%$. Man darf nicht vergessen, dass wir im Juli, also in der für den Arbeitsmarkt besten Jahreszeit, stehen. Von einer Entlastung des Arbeitsmarktes kann man auch deshalb nicht sprechen, weil zweifellos immer mehr Arbeitslose von den Arbeitsämtern abwandern. Viele erhalten keine Unterstützung mehr und sagen sich, wozu die Schuhsohlen verschwenden, wenn der Gang doch zwecklos ist. Die Schätzung der Zahl dieser Arbeitslosen ist grösser, als man gemeinhin annimmt, und deshalb wird es allmählich Zeit, dass in Deutschland die Arbeitslosen genau so scharf statistisch erfasst und gezählt werden, wie das in England längst üblich ist. Die eingeschriebenen Arbeitslosen sind noch lange nicht die Gesamtheit der Arbeitslosen. Die Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch die Notverordnung der kappen-Regierung wird die Zahl der von den Arbeitsämtern nicht mehr erfassten Arbeitslosen rasch vergrössern. Schon in dem soeben gemeldeten Rückgang der Arbeitslosenzahl um 93 000 stecken sicherlich bereits eine Menge Arbeitslose, die nicht mehr um Unterstützung betteln, weil sie sich sagen, dass ein solcher Versuch angesichts der neuen Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung ohnehin nahezu zwecklos ist. Schliesslich geht aus dem Bericht hervor, dass die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger im Verhältnis zu den beiden anderen Unterstützungsarten weiter zugenommen hat: von 100 unterstützten Arbeitslosen entfallen jetzt 46 auf die Wohlfahrt. Angesichts dieses Tatbestandes erhebt sich die Frage, ob die 672 Millionen Mark, die das Reich für die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden bereitgestellt hat, ausreichen und ob nicht rechtzeitig an eine Erhöhung der Mittel herangegangen werden muss.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat also absolut nichts von ihrem Ernst verloren. Immer deutlicher zeigt sich jetzt, wie verhängnisvoll es war, dass die Arbeitsbeschaffungsforderungen der Gewerkschaften nicht rechtzeitig und nicht energisch genug verwirklicht wurden. Die Regierung Brüning wurde gestürzt gerade in dem Augenblick, wo sie sich anschickte, den Forderungen der Gewerkschaften in der Arbeitsbeschaffungsfrage etwas entgegenzukommen. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist bereits wieder auf 40 000, und die Zahl der im Arbeitsdienst Beschäftigten ist auf 60 000 gestiegen. Das sind immerhin 100 000 Mann, die ihre Beschäftigung der Initiative der Gewerkschaften zu verdanken haben. Diese Zahl könnte heute wesentlich grösser sein, wenn man dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften mehr Rechnung getragen hätte.

SPD. Die Regierung Brüning ist nicht zuletzt deshalb gestürzt worden, weil sie Miene machte, nach langem Zaudern doch endlich einen Verordnungsentwurf zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden fertigzustellen. Der Reichswirtschaftsminister Warmbold machte Schwierigkeiten, und so kam der Stein ins Rollen, der schliesslich zum Sturz der Regierung führte. Nun ist aber die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit ein Ding, um das man sich nicht einfach herumdrücken kann. Der Ruf nach Arbeitszeitverkürzung ertönt immer lauter und nicht nur aus den Reihen der Arbeiterschaft heraus und nicht nur in Deutschland. Sogar im faschistischen Italien wächst das Verständnis für die Arbeitszeitverkürzungsparole der Gewerkschaften. Kein Wunder also, wenn die Regierung der Hitlerbarone es vermeiden will, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als ob in der Arbeitszeitfrage gar nichts geschehe. Aus diesem Grunde hat sie die Bildung von sogenannten Kurzarbeitsausschüssen bei den Landesarbeitsämtern empfohlen.

Die Bildung dieser Ausschüsse bedeutet nichts anderes als die Rückkehr zu dem schon von der Regierung Brüning gemachten Versuch, Arbeitszeitverkürzung durch gutes Zureden herbeizuführen. Die Kurzarbeitsausschüsse sind lediglich eine zwangslose Arbeitsgemeinschaft aller an der Arbeitszeitverkürzung interessierten sachkundigen Stellen. Da die Arbeitgeber darüber im klaren sind, dass diese Ausschüsse das Arbeitszeitproblem bestimmt nicht lösen, hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dem Arbeitsminister gegenüber vorsorglich die Besorgnis geäußert, dass Betriebe, die den Einwirkungen der Landesarbeitsämter nicht entsprechen, in der Öffentlichkeit einer ungerechtfertigten Kritik ausgesetzt sein könnten. Das Reichsarbeitsministerium hat daraufhin den Arbeitgebern die ausdrückliche Versicherung gegeben, dass eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung in keiner Weise beabsichtigt sei. Mit andern Worten: die negativen Ergebnisse der Arbeitszeit-Verhandlungen sollen nach Möglichkeit totgeschwiegen werden.

Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um jetzt schon vorauszusehen, dass die Arbeitgeber den Ermahnungen der Kurzarbeitsausschüsse kaum Gehör schenken werden. Trotzdem werden selbstverständlich die Arbeitnehmervertreter in den Ausschüssen mit aller Energie sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen, d.h. den Nachweis führen, dass bei Bereitschaft des Arbeitgebers die Arbeitszeitverkürzung sehr wohl möglich ist. Auch werden die Gewerkschaften dafür sorgen, dass der Versuch, die Beratungen der Kurzarbeitsausschüsse totzuschweigen, misslingen und der Öffentlichkeit klar gemacht wird, dass nur eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung aus der Arbeitslosennot herausführt.

SPD. Die kommunistische Presse übt sich - im Zeichen der Einheitsfront - weiter in Verleumdungen gegen die Gewerkschaften. Sie sagt, Leipart, Tarnow und Naphtali hätten als Mitglieder des Reichswirtschaftsrates dessen Denkschrift zur Arbeitsbeschaffung unterzeichnet, worin die Arbeitsdienstpflicht gefordert werde.

Diese Behauptung ist purer Schwindel. In dem allein in Frage kommenden Bericht des Zentralaussschusses des Reichswirtschaftsrates über die Hebung der Produktion durch Arbeitsbeschaffung ist die Arbeitsdienstpflicht überhaupt nicht erwähnt, sondern nur der Freiwillige Arbeitsdienst. Für die kommunistische Presse ist anscheinend Freiwilliger Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht dasselbe. Das ist eine unvorsichtige und unkluge Einstellung. Aber freilich wozu erst noch einen Unterschied machen, wo doch in Sowjetrussland längst das Arbeitsverhältnis an vielen Stellen nur noch in einem sehr unfreiwilligen Arbeitsdienst besteht?

Wirtschaft Technik Handel

Schuldfrage der Rationalisierung.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut wirft in einem Sonderheft ("Stand und Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland"), anscheinend in engster Zusammenarbeit mit der Schwerindustrie, die Frage nach der Verantwortlichkeit für die Fehlrationalisierung in den letzten Jahren auf. Wenn auch nicht unmittelbar, so aber doch recht deutlich wird die alte Unternehmerauffassung übernommen, dass die Rationalisierung erst durch "widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik", durch "kaufkraftpolitische Lohnwellen" zur Fehlinvestition wurde. Dadurch wird diese Auffassung allerdings um nichts richtiger.

Zunächst die Rationalisierung selbst, die in den Darstellungen des Konjunkturforschungsinstituts einer besonderen Behandlung unterzogen wird. Die Dinge liegen so, dass im Jahre 1930 eine um 10 % höhere Produktion erzielt werden konnte als im Jahre 1926, wogegen sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um fast 5 % verminderte. Die Erfolge der Rationalisierung sind also phantastisch. Das wird auch in der Darstellung nicht geleugnet; aber man will mit aller Gewalt "differenzieren", um den Nachweis zu erbringen, dass z.B. die Lohn erhöhungen in den Verbrauchsgüterindustrien während der hinter uns liegenden Hochkonjunktur ungerechtfertigt und schädlich gewesen seien. So läge z.B. in der Grossindustrie, in der Eisenproduktion, im Bergbau, in der Eisenverarbeitung, im Maschinenbau usw., eine Leistungssteigerung in der Zeit von 1926 bis 1930 um 15 bis 25 % vor, in der Papierindustrie, im Nahrungsmittelgewerbe und in der Textilindustrie, also in wichtigsten Konsumgüterindustrien, nur eine Leistungssteigerung von 10 %. Diese Differenzierung ist - wir erinnern nur an die Umwälzungen in der Textilindustrie - äusserst willkürlich. Wenn die Verbrauchsgüterindustrien selbstverständlich nicht in dem Masse mit der Elektrifizierung, Grossmaschinen usw. arbeiten konnten wie die Grossindustrie, so haben sie dennoch ihre Arbeitsmaschinen erhalten. Im übrigen ergab sich in diesen Industrien dieselbe, vielfach noch eine stärkere Steigerung des Arbeitstakts, des Arbeitstempos wie anderswo. Mit diesen Feststellungen dürften wohl alle Thesen des Instituts, die auf einer "Differenzierung der Rationalisierung" aufbauen, in sich zusammenfallen.

Gegenüber der Leistungssteigerung stellen sich die Auswirkungen der Fehlrationalisierung auf die Arbeitsmärkte wie folgt dar: Allein für die Industrie nimmt das Konjunkturforschungsinstitut die Arbeitslosenzahl während der Krise 1926 mit 1,6 Millionen an. Bis 1930 vermehrte sich die Arbeitslosigkeit um 600 000 Mann durch Nachschub der Jugendlichen (natürlicher Zuwachs), um 500 000 Mann durch Verminderung der Produktion und des Absatzes und schliesslich um 1 Million Personen durch Rationalisierung, durch Leistungssteigerung. Diese furchtbaren Wirkungen brauchten nicht in Erscheinung zu treten, wenn man vernünftig rationalisiert hätte. Deutschland wäre auch an der Rationalisierung nicht vorbeigekommen. Aber es war nicht notwendig, durch Fehlrationalisierung die deutschen Arbeitsmärkte zu verwüsten. Hier beginnt der Streit um die Verantwortlichkeit für die Fehlrationalisierung, der zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften geht und der sich zuguterletzt durch eine lügenhafte Propaganda zu dem bekannten Kampf gegen den "Marxismus" ausgewachsen hat.

Wenn man diesen Streit klären will, dann muss man schon von der Feststellung des Konjunkturforschungsinstituts ausgehen, wonach "jede Rationalisierung

ihr Ziel der Senkung der Gestehekungskosten nur auf dem Wege der Absatzsteigerung erreichen kann, deren Voraussetzung die Senkung der Verkaufspreise ist". Untersuchen wir nun an Hand der Parlegungen des Konjunkturforschungsinstituts, wie dieser elementaren Regel Rechnung getragen wurde. Die Industrie in Deutschland, die zurzeit der Hochkonjunktur höchstens 15 % ihrer ganzen Produktion exportierte, stellte sich im Anschluss an die Rationalisierung auf eine Steigerung des Exports, auf einen Verkauf der mehr und billiger erzeugten Waren ins Ausland ein. Das sollte Absatzsteigerung bringen. Das deutsche Publikum kennt das z.B. aus der Eisenwirtschaft her, die Eisen in Deutschland heute noch doppelt und dreifach so teuer verkauft als Eisen nach dem Ausland. Durch Kartelle wurden die Inlandspreise überhöht gehalten, die Auslandspreise, die Exportpreise aber bis auf die Grenze von Verlustpreisen und darunter gesenkt. Es erscheint natürlich, wenn das Konjunkturforschungsinstitut feststellen muss, dass diese Exportorientierung scheiterte. Damit scheiterte wohl die ganze deutsche Rationalisierung. Dadurch wurde die deutsche Rationalisierung erst zur Fehlrationalisierung und es ist eine dumme Ausrede, wenn man heute behauptet, das ganze Projekt eines gesteigerten Exports nach dem Auslande - diese Steigerung hat, wenigstens bei bestimmten Industrieprominenten, von jeher eine wichtige Rolle im Rahmen reparationspolitischer Erwägungen gespielt - sei ein "unter reparationspolitischem Druck unternommener Versuch".

Der Fluch der deutschen Rationalisierung war, dass man über die Verbilligung der Warenpreise nicht den nötigen Absatz im Lande selbst schaffte. Das Konjunkturforschungsinstitut stellt sich auf den Standpunkt, dass die ideale Form einer Beteiligung der Arbeiterschaft an den Rationalisierungsgewinnen wohl die Preissenkung gewesen wäre. Gerade diese Preissenkung haben die Gewerkschaften gefordert und erst als sich der Widerstand der Kartelle und Trusts, der Widerstand des Konzernkapitalismus zu stark erwies, musste sich ganz von selbst in einer Zeit, wo die Löhne den Preisen nachliefen und die Preise weit schneller stiegen als die Löhne, das Ventil nach der Lohnseite von selbst öffnen. Sollte es wirklich Tatsache sein, dass die Rationalisierungserfolge sich nur auf Teilgebiete der Wirtschaft, hauptsächlich auf die Grossindustrie beschränkten, so kann sich die allgemeine Lohnsteigerung während der Hochkonjunktur eben nur aus einer allgemeinen Preissteigerung erklären. Diese allgemeine, durch den Kartellunfug verursachte Preissteigerung bedingte erst die Lohnsteigerung. Das Konjunkturforschungsinstitut gibt das ja auch zu, indem es feststellt, dass die Nominallohnsteigerung während der Hochkonjunktur - dabei wird bemerkenswerterweise u.a. auf die offizielle Agrarpolitik mit ihren protektionistischen Preissteigerungen verwiesen - im Endeffekt zu keiner Steigerung der Realkaufkraft führte; in Wirklichkeit hat auch die in der Rationalisierungszeit in Deutschland vor sich gehende Steigerung des Reallohniveaus gegenüber dem Vorkriegsstand mit der Steigerung in anderen Industrieländern nicht Schritt halten können. (Feststellung des Konjunkturforschungsinstituts).

Die Fehlrationalisierung hat Milliarden gekostet, hat die Wirtschaftskrise mit verschuldet und masslos verschärft. Schlimm wurden die Verhältnisse, als man die Fehlrationalisierung durch Lohnabbau ausgleichen wollte. Während nach der Krise von 1926 die Arbeitslosigkeit auf Grund steigender Löhne ausgeglichen werden konnte, trieb der Lohnabbau die Arbeitslosigkeit, die Folgen der Fehlrationalisierung erst auf die Spitze.

SPD. Die Folgen des Lohnabbaus, der Renten Kürzung und der brutalen Verzerrung der Arbeitslosenunterstützung fangen an, sich mit unheimlicher Gewalt auszuwirken. Das Konjunkturforschungsinstitut muss feststellen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Verbrauchsgütern im bisherigen Um-

fang nicht mehr aufrecht erhalten werden kann". Die Rückgänge der wertmässigen Umsätze werden also durch mengenmässige Rückgänge ergänzt. Vor allem wird dadurch die Beschäftigung der Verbrauchsgüterindustrien unterbunden. Hart muss die Entwicklung auch den Einzelhandel treffen.

Als die ersten Lohnkürzungen einsetzten, stellte sich in der Folgewirkung im Einzelhandel heraus, dass die wertmässigen Umsätze fielen, die mengenmässigen Umsätze aber gehalten werden konnten. Das hing einmal damit zusammen, dass der Einkommensrückgang durch Preissenkungen zum Teil ausgeglichen werden konnte. Weiter verbürgte die Arbeitslosenunterstützung ein bestimmtes Absatzgebiet. Im übrigen wanderte das Publikum bei seinen Einkäufen von besseren zu schlechteren Qualitäten ab. Damit hängt u.a. die Abwanderung von der Massarbeit zur Konfektion zusammen. Für das ganze Jahr 1931 ist wohl festzustellen, dass die mengenmässigen Umsätze nicht besonders sanken. Das verbürgte einen bestimmten Beschäftigungsgrad im Einzelhandel und in der Verbrauchsgüterindustrie.

Mit dem fortschreitenden Lohnabbau und mit der Kürzung der Renten und der Arbeitslosenunterstützung haben sich die oben erwähnten Voraussetzungen radikal geändert. Das Konjunkturforschungsinstitut muss darauf verweisen, dass mit der Verminderung der Arbeitslosenunterstützung ganze Käuferschichten einfach ausfallen. Sie sind nicht mehr in der Lage, auch die schlechteste Qualität zu kaufen. Ausserdem ist ja die Abwanderung zu schlechteren Qualitäten, auch für Käuferschichten, die mehr als ein Arbeitslosenunterstützungs-Einkommen haben, nicht mehr möglich, da in den meisten Fällen die schlechteste Qualität schon erreicht ist. Im übrigen hat sich der Preisabbau, der noch im vorigen Jahr unter Einwirkung der Regierung Brüning in Erscheinung trat, verlangsamt. Auf den meisten Gebieten ist er zum Stillstand gekommen. Für wichtige Waren ist sogar mit einer Preiserhöhung zu rechnen.

Der mengenmässige Umsatzrückgang ist im laufenden Jahr stark in Erscheinung getreten, naturgemäss im Bekleidungshandel stärker als im Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln. Im deutschen Einzelhandel ging die Umsatzmenge an Nahrungs- und Genussmitteln im Mai 1932 nach feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts um 7,3 Prozent gegenüber Mai 1931 zurück. Im Bekleidungseinzelhandel beträgt der Umsatzrückgang, immer die Menge genommen, sogar 14,4 Prozent.

Der Einzelhandel und Zweige der Verbrauchsgüterindustrie stehen damit beispiellosen Krisenverschärfung gegenüber. Gerade der Einzelhandel sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass er es mit dem Lohnabbau nicht eilig genug hatte, dass er die Kampagne der Schwer- und Grossindustrie gegen die Gewerkschaften und die "Marxisten" vielfach mitmachte und dass in vielen seiner Vertreter in der Nationalsozialistischen Partei sitzen, mit deren Hilfe die Kaufkraftzerstörung der letzten Jahre erst durchgeführt werden konnte. Es wird Zeit, dass sich gerade der Einzelhandel darauf besinnt, dass er zu jenen Parteien gehört, die den breiten Massen einen anständigen Lohn sichern wollen. Dann gibt es auch wieder Umsätze im Einzelhandel, die Gewinn abwerfen.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 7. Juli. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käuferslasten: I. Qualität 106, II. 96, abfallende Sorten 89 RM. Tendenz: stetig.

Regierung macht Hausse.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Juli)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag ausgesprochene Haussestimmung für Weizen zur prompten wie auch zur Julilieferung. Hierbei ergaben sich Preissteigerungen von 5 Mark am Promptmarkt, während Juliweizen seinen Kurs sogar um 10 Mark befestigen konnte. Die späteren Sichten wurden mitgezogen und gewannen gleichfalls 2 bis 3 Mark. Nachdem am Vortage das Finanzierungsprogramm für die neue Ernte seitens der Reichsregierung veröffentlicht worden ist, hielten sich die Landwirte bei Abgabe ihrer Offerten ziemlich zurück, sodass kaum nennenswerte Menge angeboten wurden. Gleichzeitig hat sich aber auch die Kauflust der Mühlen gesteigert. Da zu kam das regnerische Wetter, das zwar an sich noch keine nachhaltigen Folgen für die Ernte hat, indessen, sofern es anhält, immerhin eine Verzögerung für die Weizenernte hervorrufen könnte. Auch in Roggen war das Angebot ausserordentlich klein und reichte zur Deckung des Bedarfes nicht aus. Die Notierungen lauteten für prompten Roggen unverändert, während am Markte der Zeitgeschäfte Roggen im Preis etwas anzuziehen vermochte. Im Mehlgeschäft zeigte sich gleichfalls eine gewisse Belebung. Promptes und neues Weizenmehl war besser gefragt, sodass die Mühlen ihre Forderungen heraufsetzen konnten. Roggenmehl hatte laufendes Bedarfsgeschäft bei unveränderten Preisen. Auch Hafer wurde von der festeren Stimmung beeinflusst und konnte bei vermehrter Nachfrage um 2 Mark anziehen.

	6.7.	7.7.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	234 - 236	239 - 241
Roggen	187 - 189	187 - 189
Futter- und Industrieroggen	162 - 172	162 - 172
Hafer	157 - 161	159 - 163
Weizenmehl	30,25 - 34,00	30,50 - 34,00
Roggenmehl	25,60 - 27,40	25,50 - 27,40
Weizenkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60
Roggenkleie	10,00 - 10,50	10,00 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 254 - 256 (Vortag 246 $\frac{3}{4}$) September 231 - 231 $\frac{1}{2}$ (228 $\frac{1}{2}$), Oktober 231 - 231 $\frac{1}{2}$ Geld (229 $\frac{1}{2}$), Dezember 233 $\frac{1}{2}$ - 233 $\frac{3}{4}$ (231 $\frac{1}{2}$), Roggen Juli 187 (187), September 180 - 181 $\frac{1}{2}$ (179), Oktober - (180), Dezember 184 $\frac{3}{4}$ - 186 (184). Hafer Juli 169 - 170 Geld (166 $\frac{1}{2}$) September - bis 151 (148), Oktober - (150).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 7. Juli). A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische gestempelte über 65 g 8, über 60 g 7, über 53 g 6,25, über 48 g 5,75; frische Eier über 63 g 6 - 6,25; aussortierte kleine und Schmutzeier 4,50. B. Auslands-eier: Dänen und Schweden 18er 7,25, 17er 6,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 5,75 - 6, leichtere 5,25 - 5,50; Estländer 17er 6,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 5,50, leichtere 5 - 5,25; Holländer 68 g 7,50, 60 - 62 g 6,50; Rumänen 4,75 - 5,25; Russen normale 4,50 - 5; abweichende 4 - 4,25; kleine, Mittel- und Schmutzeier 4. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: kühler. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 51.

Berlin, den 7. Juli 1932.

Wir haben alles versucht.

SPD. In jeder Erziehungsberatungsstelle und auch sonst überall, wo von Kindern und ihren Untugenden gesprochen wird, kann man oft die Klage hören: "Wir haben alles versucht, aber mit dem Kinde ist ja nicht fertig zu werden." Häufig wendet sich dann sogar der Unmut gegen die moderne Erziehung, die auch nichts genützt habe; denn auch mit der "modernen Methode" habe man es ja versucht. Doch das stimmt nun wirklich nicht.

Die Dinge verhalten sich nämlich so: Da wächst z.B. ein Junge auf in einem Elternhause, wo man es zwar herzlich gut mit dem Kinde meint, sich aber auch nicht allzu viel Kopfzerbrechen über Erziehungsfragen macht. Vor der Ehe oder jedenfalls vor der Geburt des Kindes haben die Eltern noch nicht über das Problem der Erziehung nachgedacht, und, nachdem der Junge geboren war, zunächst auch noch nicht. Die Säuglingspflege und die ersten Kinderjahre wurden eben absolviert, so schlecht und recht, wie man das aus der eigenen Vergangenheit her noch ungefähr in Erinnerung hatte, und wie man es alle Tage bei andern Leuten auch sehen konnte. Mit Feld-, Wald- und Wiesenerziehung dürfte diese "Methode" (die eben keine Methode, d.h. keine zielbewusste pädagogische Technik ist) wohl nicht zu hart gekennzeichnet sein. Und nun bemerkt man eines Tages, dass es nicht so weiter gehen kann. Der Junge wird immer ungezogener; es ist eben "nicht mehr mit ihm auszukommen". Da man (d.h. die ahnungslosen Eltern) noch lange nicht darauf gekommen ist, dass die bisher geübte ziel- und planlose Erziehung die eigentliche Ursache des jetzt zutage tretenden Misserfolges ist, so wird nun lustig herumprobiert. Dieses neue Probieren sieht allerdings scheinbar etwas anders aus: Man versucht, irgend ein "System" in die Behandlung des Kindes hineinzubringen, indem man es einmal mit "Strenge" versucht (gewöhnlich wird das zuerst probiert) und dann, wenn das auch nichts nützt, mit Güte (die in Wirklichkeit keine dem Kinde wohlthuende Güte, sondern Verwöhnung ist, und die manche Eltern auch schon für die moderne Erziehungsmethode halten), und schliesslich wird dann auch noch etwas versucht, was die Eltern für die veritable moderne Methode halten, und was sie irgendwo, nur meist nicht beim Erziehungsfachmann, gehört haben. Tatsächlich ist also gar nichts anders geworden; sondern es wird genau so hin und her erzogen, planlos und ohne Sinn und Verstand, wie es vorher auch gewesen ist, und wie es zu eben dem Fiasko geführt hat, dem die Eltern nun abhelfen wollen.

Demgegenüber muss vom Standpunkte der wirklich ziel- und methodenbewussten neuen Erziehung aus einmal deutlich ausgesprochen werden, dass auch die beste Erziehung kein Wundermittel ist, das wie eine Abführmedizin seine Wirkung innerhalb von 24 Stunden zeitigt, gleichgültig, was nun vorausgegangen ist. Die neue Erziehung, unter der wir besonders die straflose oder "sachliche" Erziehung verstehen, kann vielmehr wie alles menschliche Tun nur dann zu wirklichem Erfolge führen, wenn sie von Anfang an, d.h. also in diesem Falle bereits von der Geburt des zu erziehenden Kindes an, bewusst und unbeirrbar durchgeführt worden ist. Ein Kind, dem gerade in den ersten und entscheidenden Jahren seines Lebens keine überlegte und besonnene Erziehung zuteil wurde, kann auch nicht in wenigen Tagen oder Wochen zu einem gesunden seelischen Verhalten geführt werden, am allerwenigsten dann, wenn mit ihm nun abwechselnd nach allen möglichen Arten herumexperimentiert wird. Dieses Experimentieren, zumeist doch von Menschen ausgeführt, die gar nicht ernsthaft erfasst haben,

um was es eigentlich geht, kann das vorhandene Uebel nur noch verschlimmern. Vor allem muss man bedenken, dass die Eltern, die da auf eigene Faust ihre "Versuche" durchführen, doch zumeist dieselben Menschen sind, welche die Fehler gemacht haben, in deren Folge das Kind erst "schwererziehbar" geworden ist. Schwererziehbarkeit ist in den weitaus meisten Fällen nichts anderes als Falsch-erzogenheit. Dagegen hilft nicht ein Versuch mit irgendwelchen neuen Methoden, auch dann nicht, wenn wirklich einmal die neue Erziehung nun kurze Zeit richtig angewandt wird. Sondern ein solches Kind, an dem zuerst allerlei wiedergut zumachen ist, muss zunächst nach heilpädagogischen Prinzipien behandelt werden die zwar in ihren Grundzügen mit der allgemeingültigen "neuen Erziehung" übereinstimmen, aber doch im Hinblick auf die vorhandene Abweichung vom normalen Verhalten des Kindes ganz wesentlich mit Kunstgriffen und bisweilen recht komplizierten Sondermassnahmen durchsetzt sind. Gewöhnlich ist es am allerbesten, das Kind aus seiner früheren Umgebung überhaupt herauszunehmen, wo dies nur irgend möglich ist, und es in eine völlig neuartige Umgebung zu bringen, die es von allen schädlichen Einflüssen befreit und vor ganz neue Aufgaben stellt.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die Methoden der Heilerziehung zu erörtern. Es sollte nur dem leider allzu weit verbreiteten Irrtum entgegengetreten werden, als könnte man ein vielleicht schon 6 Jahre oder länger falsch erzogenes Kind (und gerade die Planlosigkeit ist der grösste Fehler) nun mit einem Male durch Anwendung moderner Erziehungsgrundsätze in ein Musterkind verwandeln, (abgesehen davon, dass das "Musterkind", wie es im Bilderbuche steht, gar nicht mehr unser modernes Erziehungsideal darstellt). Den Eltern aber, die solche Enttäuschungen und Schwierigkeiten vermeiden wollen, können wir nur den Rat geben, sich über die Erziehung ihrer Kinder ernsthaft zu informieren, bevor die Kinder geboren sind. Dann wird es auch möglich sein, in den Grenzen, die nun einmal durch die Vererbung und vor allem durch die Charaktereigentümlichkeiten der Eltern gezogen sind, das Kind vom Tage der Geburt an ruhig und zielbewusst nach bewährten Grundsätzen zu einem brauchbaren Menschen heranzubilden. Diese Grundsätze, so neuartig und ungewohnt sie auch manchem erscheinen mögen, sind im wesentlichen die gleichen, die uns schon die alten Klassiker der Erziehungskunst gepredigt haben: Viel Liebe, mehr noch ein gutes Beispiel und noch viel mehr - Geduld!

Ewald Bohm.

Nachbarskinder. x

Von Teffi.

SPD. Auf dem Wiesengrunde zwischen den drei Datschen (Landhäusern) haben sich die Nachbarskinder zusammengefunden. Nadja zupft an einem Beerenstrauche. "Was isst Du da?" fragt Olga.

"Schwarze Johannisbeeren."

"Schwarze?"

"Na klar, schwarze."

"Warum sind sie dann rot?"

"Weil sie grün sind."

Schweigen.

"Die grüne Farbe ist giftig", sagt Petja mit weiser Miene. "Da war eine Maus, die hat sich mit grüner Farbe vollgefressen und starb eines frühen Todes"

"Ich fürchte mich vor Mäusen!" Olga zieht sich ordentlich zusammen.

"Ich fürchte mich vor gar nichts!" prahlt Petja. "Früher, als ich noch klein war, fürchtete ich mich, aber jetzt kenne ich keine Furcht mehr. Nicht einmal vor Toten."

"Wie alt bist Du eigentlich?"

"Sechs Jahre, im zehnten."

Lange und respektvoll betrachten die Andern den Petja. Serjoscha kann im Gefühl seiner Männlichkeit nicht umhin, den Gefährten um dessen Vorzüge zu beneiden. Er muss sich mit ihm messen: "Im vorigen Jahre wohnte bei uns auf der Datsche ein Junge, der war vierzig Jahre alt. Sogar mehr - zehn und vierzig."

"Zehn und vierzig gibt es nicht", sagt Nadja, ... "es gibt nur fünfundvierzig."

"Das gibt es doch!"

"Nein, das gibt es nicht!"

"Gibt es doch!"

"Gibt es nicht!"

"Du Dumme!"

Nadja verlässt ihren Platz und stürzt mit geballter Faust auf den Beleidiger los. Da kommen zwei Gänse durch das Pförtchen. Mit weit vorgestreckten Halsen spähen sie in beleidigter Verwunderung nach allen Seiten, und geruhsam watschelnd verziehen sie sich nach der Scheune hin. "Sind die gross, die Gänse!" flüstert Warja voller Bewunderung.

"Wie alt die wohl sein mögen?"

"Die sind noch ganz jung", runzelt Serjoscha sachverständig die Augenbrauen. "Die sind wohl jede nicht mehr als 12 Jahre alt."

"Unsere Katja hat sich heute gehörig blamiert", plaudert Nadja. "Sie ist im Unterröckchen auf den Balkon gegangen, und da gingen dort die Gänse spazieren."

"Sie ist noch klein und weiss nicht, was unanständig ist", tritt Olga für sie ein.

"Zu uns kommt bald der Mytja", erzählt Petja. "Er ist gross. Der will General werden. Er wird Euch alle streifen halten. Wenn der erst zu Pferde steigt, dann bekommt Ihr's zu fühlen. Er wird's Euch zeigen!"

Die Mädchen verstummen. Serjoscha ist ganz rot geworden und zieht heftig den Atem durch die Nase. "Mir kann's gleich sein. Ich werde selbst General. Feuerwehrgeneral. Das ist doch besser als ein gewöhnlicher General. Ein Feuerwehrmann darf nicht mal heiraten."

"Doch, er darf!"

"Nein, er darf nicht."

"Ich sag' Dir aber, er darf!"

"Du bist aber dämlich!"

"Bist selber ein dummer Lümmel!"

"Die zanken sich", schreit Olga in der Richtung nach dem Hause hin. Doch niemand zeigt sich daraufhin vom Hause her, und die Unterhaltung wird fortgesetzt.

"Mein Vater ist Auto gefahren. So schnell ging's. Fünfzehn Werst in der Stunde."

"Was da schon gross dabei sein soll", steht Serjoscha nicht nach. "Es gibt Pferde, die viel schneller laufen. Die holt niemand ein. Ich versteh' zu reiten und Du nicht!"

"Wann bist Du denn geritten?"

"Na, ich bin eben geritten. Hab' Dich nicht um Erlaubnis gefragt."

"Bist garnicht geritten!"

"Nun, so bin ich nicht geritten und kann's doch!"

"Aber Katjas Mutter versteht Dampfer zu fahren", sagt Olja.

"Immer hast Du was zu lügen!"

"Nein, durchaus nicht, ich schwör's, bei Gott!"

"Man darf nicht schwören; es ist Sünde."

"Ich hab' auch schon einmal den Teufel gesehen", sagt Petja.

"Das ist gelogen", sagt Serjoscha bestimmt.

"Doch, ich hab' ihn gesehen."

"Na, wie schaut er denn aus?"

"Nun, wie eben ein Teufel ausschaut - widerlich!"

"Kann er fliegen?"

Petja schweigt einen Augenblick. Er ahnt eine Falle. Diskret wechselt er das Thema: "Ich denke nicht daran, einmal zu heiraten. Heutzutage gibt es keine Mitgift."

"Doch, die Polja von unsrer Kinderfrau hat eine wattierte Decke bekommen" sagt Serjoscha.

"Ich werd' Akrobat; schaut mal: so und so" Petja legt sich mit dem Bauch über den Zaun und baumelt mit den Beinen.

"Petja, Petja - a," lässt sich eine Stimme durchs offene Fenster vernehmen. "Wieder zerreisst Du Deine Hosen. Kommst Du gleich herunter oder nicht! So'n ungezogener Bengel!" Verwirrt lässt sich Petja vom Zaune herabgleiten und tut, als mache er sich nichts daraus. Sämtliche Kinder empfinden Beschämung für ihn.

Wieder pflückt Nadja etwas vom Busch, kaut mit verzogenem Munde, spuckt aus.

"Was isst Du da?" fragt Olja.

"Schwarze Johannisbeeren;"

"Weshalb sind sie dann rot?"

"Weil sie grün sind."

"Jetzt werde ich essen, und Du fragst!"

Das Spiel geht wieder von vorn an.

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg.)

Der kleine Werner.^x

SPD. Es gab manche Dinge in Werners jungem Leben, die ihm viel bedeuteten. Das waren keine grossen, kostspieligen Dinge etwa, nein. Seine Mutter war ja eine arme Näherin, der es Mühe genug machte, das Nötigste zu verdienen. Aber schön waren diese kleinen Spiele und Ereignisse in Werners Dasein doch, die alle das Besondere hatten, dass er sie sich zusammen mit seiner Mutter selber ausgedacht hatte. War es etwa nichts, am frühen Abend in der dunklen Ecke der Stube zu sitzen und auf die Sonne zu warten? Ja, ja, am Abend! Denn das Fenster ging nach Norden hinaus und zudem auf einen dunklen Hof, und die Sonne schien am Tage nur in die hellen Fenster des Vorderhauses. Aber am Abend kam sie doch auf einen Augenblick auch hierher. Werner kannte die Zeit. Er setzte sich dann in die Ecke und wartete stumm und gespannt auf den Augenblick, in dem plötzlich auf der Diele eine kleine Stelle ganz golden wurde. Dann sprang er hin und rief: "Sie ist da!" Und jedesmal drehte ihm dann die Mutter von der Maschine her den Kopf zu und sagte: "Halt' sie fest, Werner!" Und jedesmal presste Werner seine Händchen auf den hellen Fleck, und mit vor Anstrengung rotem Kopfe rief er: "Ich halte!" Aber sie entglitt ihm doch. Dann stand er am Fenster und sah noch ein Weilchen nach dem kleinen Stück blauen Himmels über dem grauen Hofe.

Wie gern stand er auch hinter seiner Mutter auf dem Stuhle, wenn sie nähte. Er konnte lange so stehen und an ihrem Kopfe vorbei auf die flinken Hände schauen. Selten sprach dann eins von ihnen ein Wort, aber sie fühlten sich beim Rattern der Maschine wie zwei Kameraden, die still und fröhlich miteinander eine Arbeit tun. Wenn dann manchmal plötzlich die geschäftigen Hände für einen Augenblick die Arbeit losliessen und die Augen der Mutter so sonderbar irgendwohin in die Stube schauten, wo es gar nichts zu sehen gab, mit einem abwesenden und sorgenvollen Blicke, dann legte Werner seine Ärmchen um ihren

Hals und sah trotzig in die gleiche Richtung, als wollte er ihr helfen, dem Dunklen standzuhalten, das die Mutter zu bedrücken schien. Dann ratterte die Maschine wieder, und Werner liess seine Armchen ruhig um Mutters Hals; es störte sie gar nicht.

Aber am schönsten war es doch, wenn er mit ihr einholen ging. Sie hatten sich da ein aufregendes, herrliches Spiel erfunden, das sie "Verlieren" nannten. Es war dabei so, dass Werner plötzlich verschwunden sein musste, einfach unauffindbar verschwunden. Die Mutter musste dann auf dem Bürgersteig hingehen und vor sich hinsagen: "Wo mag denn nur der Werner stecken? Ich werde ihn doch nicht etwa verloren haben? Ist er etwa davongelaufen und will gar nicht wiederkommen?" Dann rannte aber Werner plötzlich aus seinem Versteck hervor, aus dem er sie beobachtet hatte, und in dem sie ihn wohl hatte stehen sehen, und sie feierten Wiedersehen, als wäre er lange in der Fremde gewesen.

Eines Tages schickte ihn die Mutter hinunter zum Kaufmann. Kleinigkeiten konnte er schon ganz selbständig einkaufen, und es machte ihm Spass, in den kleinen, dunklen Laden zu gehen, in dem die hohen bunten Gläser standen mit Bonbons und grosse Körbe mit Obst und die Luft geschwängert war mit fremden, würzigen Gerüchen.

Als Werner seine Sachen vom Ladentische heruntergeangelt und in dem grossen Korbe verstaubt hatte, fragte ihn der Kaufmann nach dem Gelde. "Ach so," sagte Werner, "ja, also die Mutter hat gesagt, sie kommt morgen und bezahlt es selber." - "So," rief da der Kaufmann ganz laut, "soso, sag' mal der Mutter, sie soll erst mal das Alte bezahlen! Immer draufloskaufen und sich keine Gedanken ums Bezahlen machen, wie? Möcht' euch so passen!" Er riss den Korb über den Tisch, schüttete die Sachen heraus und schimpfte weiter. Werner ging langsam und wie benommen zur Tür hinaus. "Mach die Tür zu, Lausejunge!" rief ihm der Kaufmann nach. "Nunu," machte eine von den Frauen, die noch im Laden standen, und schloss die Tür.

Werner ging langsam nach Hause. Vor dem Tore zögerte er einen Augenblick, ging dann am Hause vorbei mit gesenktem Kopfe, als müsste er sich erst noch etwas überlegen, ehe er hinauf gehen konnte. Aber es schien ihm nicht einzufallen, was er suchte. Er ging immer weiter im gleichen, zögernden Schritt, immer weiter über den grossen Platz am Ende der Strasse, vorbei an den Kindern die dort lärmend spielten, bog dann traumverloren hinein in die belebtere Strasse, die sich dort anschloss, und sah kaum auf, wenn ihn eilige Passanten anstiessen und die Chauffeure hinter ihm her fluchten, weil er nicht achtgab.

Die Mutter war bald unruhig geworden. Es war ja nur ein paar Schritte weit bis zum Kaufmann, und Werner war sonst immer nach wenigen Augenblicken wieder oben gewesen. Schliesslich ging sie hinunter. Der Kaufmann glaubte, sie käme wegen des Geldes. "Sehen Sie, Frau Bauer, das geht doch nicht...," begann er. Da wusste sie, was es gegeben hatte. Und nun bekam sie erst wirklich Angst. Sie lief zurück auf die Strasse, hinauf bis an den Platz, und fragte dort die Leute, die auf den Bänken sassen, ob sie nicht einen Jungen mit einem Einkaufskorbe gesehen hätten. Aber niemand hatte ihn gesehen. Ein Schutzmann riet ihr, den Verlust des Kindes auf der Wache zu melden. Doch sie tat es nicht, aus Furcht, damit das Unglück erst zu besiegeln. Sie rannte nach Hause, ob er etwa in der Zwischenzeit zurückgekommen wäre, fragte in allen Stockwerke nach ihm und suchte ihn dann wieder auf den Strassen und Spielplätzen.

Es war Abend, die Laternen brannten schon, als sie endlich müde und abgespant zurückkehrte. Als sie in die Küche trat, sah sie an seinem Stühlchen seine Sachen hängen, wie er sie jeden Abend dorthin legte. Die Strümpfe baumelten vom Sitze herab, und darunter standen die Schuhe, staubig und in einer rührenden Art mit den Spitzen einander zugekehrt. Leise ging sie ins Schlafzimmer. Der Junge schlief noch nicht. Er richtete sich in seinem Bettchen auf und, als hätte er sich die Worte lange überlegt, sagte er: "Der Kaufmann ist sehr böse auf dich. Aber du darfst nicht traurig sein deswegen. Wir wollen

einfach woanders kaufen. Ich habe schon ein Geschäft gef..." - Da nahm ihn die Mutter in die Arme und drückte ihn, und er musste ihr versprechen, nie mehr wegzulaufen.

Am andern Morgen, als Werner in der Schule war, kam eine Nachbarin herüber. "Wenn das mein Junge wäre," sagte sie, "dann hätte er eine ordentliche Tracht Prügel bekommen." Aber Werner bekam keine Prügel. Es gab sein Leibgericht, als er nach Hause kam, Milchreis mit Backpflaumen.

Georg Hurdaleck.

Die Kinderstube.^x

SPD. Eine Unmenge "nein", "nicht doch!", "lass das!" begleiten das tägliche grosse Leben unsrer Kleinen. Glücklicherweise lassen sich die meisten Kinder nicht gleich unterkriegen. Tapfer versuchen sie immer wieder, ihre Persönlichkeit durchzusetzen. Das ist nicht leicht. Mächtig und stark ist der Erwachsene in seinem Verhältnis zum Kinde. Vernichtend klingen seine Mahnworte: "Das darfst du nicht", "das kannst du nicht", "das sollst du nicht", "das verstehst du nicht", "das schickt sich nicht".

Maria Montessori weiss um diese Wehrlosigkeit des Kindes. Der Erwachsene fordert für sich, respektiert zu werden. Warum wird die Verletzung des Respektes vor dem Kinde durch den Erwachsenen rechtmässig anerkannt? Der Erwachsene darf verurteilen, darf Schlechtes vom Kinde sagen, darf es beleidigen, hat sogar das Recht, das Kind zu schlagen.

Viel kann erreicht werden, wenn wir dem Kinde vertrauen. Welche Fülle von Lebenskraft und Begabung steckt oft in den kleinen Geistern! Wie fein beobachten sie das Tun und Treiben der Erwachsenen; wie glücklich sind sie, wenn wir Erwachsenen ihnen die Möglichkeit geben, mitzuhelfen und mitzusorgen für die Bedürfnisse des Alltags! Aus diesem Grunde verlangt Maria Montessori vor allem eine grundlegende Änderung im Verhältnis von Kind und Erwachsenen. Sie fordert dass der Erwachsene seine Mission gegenüber dem Kinde in einer anderen Richtung sehen muss als bisher, nämlich in der Richtung der höheren Achtung vor dem Kinde. Diese Achtung vor der Persönlichkeit des kleinsten Kindes geht wie ein roter Faden durch die Erziehungslehre der grossen italienischen Pädagogin. Doch Frau Montessori geht noch weiter. Sie sieht das Kind als "Vater des Menschen" und prägt den Satz: "Die Vollkommenheit des erwachsenen Menschen ist durch das Kind bedingt." In ihrer Erziehung beschränkt sich Frau Montessori im wesentlichen auf die Vervollkommnung der Aussenwelt. "Wir Erwachsene sind nur Schöpfer unsrer Aussenwelt," schreibt sie, "und darum können wir auch dem Kinde nur mit dieser Aussenwelt helfen. Die Arbeit des inneren Werdens muss das Kind allein leisten. Wer könnte auch jemals einem anderen Wachsen helfen? Und wenn das Wachsen noch so mühevoll wäre, es könnte doch niemand durch eigenes Zutun eine Erleichterung schaffen."

Kinder haben ihre eigenen Gesetze. Es wird uns als Erwachsenen kaum gelingen, sie alle restlos zu erforschen. Wesentlich ist nur, dass wir begreifen lernen, wie verschieden die Existenz des Kindes von der unsern als Erwachsenen ist. Kinder bedeuten die Zukunft. Dabei haben wir stets den stillen Wunsch, dass das Kind mehr leisten wird als wir; es wird, so hoffen wir, in der Umwelt ungeahnte Umgestaltungen vollbringen; es wird für uns, die wir schwankend waren, handeln. Und wenn nun wirklich das Kind mehr leisten wird als wir, will man dann sagen, dass wir die Lehrer dieses Kindes seien? Wer will das Kind Dinge lehren, die wir nicht wissen? An die wir gar nicht einmal denken? Deshalb ist es unsre Aufgabe, und zwar die wichtigste von allen, dass wir dem Kinde die Möglichkeit geben, sich voll zu entwickeln, es zum starken, freien

und ausgeglichenen Menschen zu bilden, der mehr leisten wird als wir. Nicht die erzieherische Hilfe für das Kind darf demnach abgeschafft werden; nicht sie ist es, die uns hindert, das Kind zu verstehen, sondern der innere Zustand des Erwachsenen.

Bei der Erörterung psychologischer Probleme unterscheidet Maria Montessori ein Zentrum und eine Peripherie. Das Zentrum gehört dem Kinde allein. Frau Montessori geht so weit, dass sie gar nicht die Absicht hat, in dieses Innerste einzudringen. "Was im Kinde vorgeht", so sagt sie, "ist das Geheimnis des Kindes, und das müssen wir achten." So verzichtet sie darauf, das Zentrum der kindlichen Seele zu erforschen, und beschränkt sich darauf, der peripherischen Aktivität des Kindes mit äusseren Mitteln zu helfen. Diese Peripherie ist nach Frau Montessori das einzig erkennbare Gebiet, zu dem wir als Erzieher in Beziehung treten können. Der Begriff der peripherischen Belehrung stellt deshalb auch eins der leitenden Prinzipien der Montessori-Methode dar. Aus dieser Einstellung ergaben sich all die typischen Beschäftigungsmittel, die wir gemeinhin als Montessori-Methode bezeichnen. Für alle ist charakteristisch, dass das Kind ohne Hilfe der Erwachsenen damit auskommt. Es kann sich selbst kontrollieren, kann selbst sehen, ob es seine Sache richtig oder falsch gemacht hat. Selbst die ersten Schreib- und Leseversuche werden spielend, hauptsächlich durch Selbststudium, von den Kindern ausgeführt. Wer jemals in Montessori-Kinderheimen oder -Schulen einige Stunden miterlebt hat, dem wird der frohe, selbstbewusste Gesichtsausdruck der Kinder, die grosse Selbständigkeit der Kleinsten zum unvergesslichen Erlebnis. Hier spürt man allorts die Freude des Kindes, ein Kind zu sein.

Die Freunde der Montessori-Erziehung haben vor zwei Jahren im Anschluss an den Verein Internationale Montessori-Gesellschaft den Verein Montessori-Pädagogik Deutschlands gegründet. Seine wesentlichste Aufgabe besteht darin, in enger Fühlungnahme mit der Schöpferin der Montessori-Methode, die auch die Präsidentschaft im Verein übernommen hat, im Sinne ihres Werkes zu arbeiten. Dies ist heute schon deshalb notwendig, weil vieles unter dem Namen "Montessori" gemacht wird, was mit den Grundsätzen der Montessori-Pädagogik kaum noch vereinbar ist.

Irma Fechenbach.

SPD. Ein geistlicher Frauentröster.^x Die Herzogin du Maine verlangte einmal nach dem Abbé de Vaubrun, der trotz seines geistlichen Standes ein Wüstling war. Sie befahl einem ihrer Kammerdiener, den Abbé ausfindig zu machen und ihn herbeizuschaffen. Der Diener machte sich auf und hörte zu seinem grossen Erstaunen in der Wohnung des Abbé, dieser lese eben in einer nur wenige Minuten entfernten Kirche die Messe. Als der Diener die Kirche betrat, verliess der Abbé gerade den Altar. Der Diener richtete seinen Auftrag aus und bemerkte dabei, er habe gar nicht erwartet, den Gesuchten bei einer amtlichen Handlung zu finden. Verlegen meinte der Abbé: "Ich bitte Sie, sagen Sie der Herzogin nur ja nicht, bei welcher Verrichtung Sie mich gefunden haben!"

SPD. Anständige Frauen.^x Der französische Romanschriftsteller Duclos (1704 - 1772) unterhielt sich einmal mit zwei Damen der französischen Aristokratie, Frau von Rochefort und Frau von Mirepoix, und sagte ihnen im Verlaufe des Gespräches, die Dirnen würden zimperlich und wollten keine gewagten Geschichten mehr hören; sie seien jetzt pröder als die anständigen Frauen. Daran begann er, eine gepfefferte Anekdote zu erzählen, und liess gleich hinterher eine noch saftigere folgen. Bei einer dritten Anekdote, die gleich zu Anfang eine Zote brachte, fiel ihm Frau von Rochefort ins Wort: "Hören Sie auf, Duclos! Sie halten uns für zu anständig!"
